

PROGRAMMDEKRETVORSCHLAG 2024 (II)

eingereicht von:

Herrn F. CREMER, Frau S. PAUELS und Frau E. JADIN

INHALTSANGABE

Der Programmdekretvorschlag beinhaltet Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Personenbezogene Angelegenheiten
- Öffentliche Dienste und Unterrichtswesen
- Lokale Behörden
- Wohnungswesen
- Verschiedenes

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	3
Allgemeine Erläuterungen.....	3
Kommentar zu den Artikeln	3
Dekretvorschlag	14

BEGRÜNDUNG**ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN**

Zusammen mit dem im Dokument 37 (2024-2025) Nr. 1 veröffentlichten Programmdekretvorschlag 2024 (I) ersetzt der vorliegende Programmdekretvorschlag 2024 (II) den bisherigen im Dokument 29 (2024-2025) Nr. 1 veröffentlichten Programmdekretvorschlag sowie die diesbezüglich im Dokument 29 (2024-2025) Nr. 2 veröffentlichten Abänderungsvorschläge. Diese Aufsplittung wurde vorgenommen, um zwischen den Bestimmungen, die dringend vor Abschluss des Kalenderjahres 2024 verabschiedet werden müssen (siehe vorliegender Programmdekretvorschlag II), und den übrigen Bestimmungen (siehe Dokument 37 (2024-2025) Nr. 1) unterscheiden zu können. Falls erforderlich kann somit das parlamentarische Verfahren zur Diskussion und Abstimmung der Vorschläge entsprechend differenziert werden. Im Rahmen dieser Aufsplittung wurden inhaltlich keine Anpassungen vorgenommen.

Wie es in den letzten Jahren zur gängigen Praxis geworden ist, werden die beiden vorerwähnten Programmdekretvorschläge im Gegensatz zum Sammeldekret im Unterrichtswesen, das von der Regierung hinterlegt wird, über die Fraktionen im Parlament eingereicht.

Weil der vorliegende Programmdekretvorschlag Bestimmungen in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinhaltet, wird im Übrigen auf den Kommentar zu den einzelnen Artikeln hingewiesen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN**Artikel 1**

Infolge der Vorgaben der Europäischen Kommission zu den erforderlichen belgischen Sparanstrengungen bezüglich der öffentlichen Ausgaben muss sich auch die Deutschsprachige Gemeinschaft an diesem gemeinsamen Kraftakt des Föderalstaates, der Regionen und der Gemeinschaften Belgiens beteiligen.

Eine der in diesem Kontext erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichts ist die Aussetzung der Indexierung des Pflegegeldes für Senioren für die Jahre 2025 und 2026.

Artikel 2

Der mit dem Dekret vom 23. April 2018 über die Familienleistungen eingefügte Artikel 16, der die Bedingungen zur Gewährung eines Jahreszuschlags vorsieht, wird dahin gehend abgeändert, dass der Jahreszuschlag künftig nur noch solchen Kindern gewährt wird, die entweder den Sozialzuschlag oder den Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung erhalten.

Ziel der Jahreszuschlags ist es, seit dessen Einführung 2019 Familien bei der Bewältigung der besonderen Kosten zu unterstützen, die zum Schuljahresbeginn entstehen. Der Zuschlag in Höhe von 52 Euro (indexierter Betrag zum 1. Juli 2024: 62,55 Euro) wird für jedes Kind gezahlt, das im Juli desselben Jahres Anrecht auf das Basiskindergeld hat, und somit auch für die Kinder, die die Schule noch nicht bzw. nicht mehr besuchen. Andere Kosten, die sich aus dem Schulbesuch ergeben, werden weiterhin durch das Basiskindergeld abgedeckt.

Mit der Streichung dieses Zuschlags aus den Familienleistungen für die Kinder, die nicht bereits den Sozialzuschlag oder den Zuschlag für Kinder mit einer Beeinträchtigung erhalten, stellt sich folgerichtig die Frage nach der Einhaltung der sogenannten „Stillhalteverpflichtung“ bzw. des „Standstills“. Artikel 23 der Verfassung sieht vor, dass es jedem Gesetzgeber obliegt, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten und die Bedingungen ihrer Ausübung zu bestimmen. Die Stillhalteverpflichtung soll verhindern, dass die zuständige Behörde das durch die anwendbare Gesetzgebung gebotene Schutzniveau dieser Rechte erheblich verringert, ohne dass hierfür Gründe des Allgemeininteresses vorliegen. Wie aus dieser Beschreibung hervorgeht, ist die Standstill-Verpflichtung ihrer Natur nach nicht absolut, sondern relativ. Abweichend von der Regel ist es also zulässig, Gesetze, Dekrete und Regelungen gegen die bereits garantierten Rechte zu erlassen, sofern eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist, die darauf schließen lassen, dass die Maßnahme verhältnismäßig ist.

Die nachfolgenden Überlegungen folgen daher folgenden Etappen:

- A) Bewertung der Schwere der Maßnahme: In einem ersten Schritt ist zu prüfen, ob es sich überhaupt um einen erheblichen Rückschritt handelt oder ob, im Gegenteil, die Rechte der Betroffenen auf andere, aber gleichwertige Weise gewahrt bleiben.
- B) Bewertung der Verhältnismäßigkeit: In einem zweiten Schritt wird geprüft, ob die Streichung des Jahreszuschlags eine verhältnismäßige Maßnahme ist. Hierzu wird eine Prüfung durchgeführt, die ihrerseits aus folgenden Schritten besteht:
 - 1. Legitimer Zweck: Zunächst muss geprüft werden, ob die Maßnahme einem legitimen Ziel dient. Das bedeutet, dass das Ziel rechtlich anerkannt und von öffentlichem Interesse sein muss.
 - 2. Geeignetheit: Es wird untersucht, ob die Maßnahme geeignet ist, das angestrebte Ziel zu erreichen. Die Maßnahme muss also tatsächlich dazu beitragen können, das Ziel zu verwirklichen.
 - 3. Erforderlichkeit: Hier wird geprüft, ob die Maßnahme erforderlich ist, um das Ziel zu erreichen. Es darf keine weniger einschneidende Maßnahme geben, die das gleiche Ziel ebenso effektiv erreichen könnte.
 - 4. Angemessenheit: Schließlich wird die Angemessenheit der Maßnahme bewertet. Dabei wird abgewogen, ob die Vorteile der Maßnahme die Nachteile überwiegen. Es muss ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Ziel und den eingesetzten Mitteln bestehen.

A) Bewertung der Schwere der Maßnahme

Die teilweise Streichung des Jahreszuschlags trifft angesichts seiner Zielsetzung, die zu Schuljahresbeginn anfallenden Kosten mit aufzufangen, in erster Linie Familien mit schulpflichtigen Kindern. Allerdings ist die Streichung des Zuschlags in einem globaleren Kontext zu lesen, der die Auswirkungen der Streichung zwar nicht neutralisiert, sie zumindest aber zu einem großen Teil abfedert.

Durch die Verabschiedung des Dekrets vom 26. Juni 2023 über Maßnahmen im Unterrichtswesen senkte das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit Wirkung ab dem Schuljahr 2023-2024, die Schulkosten für die Eltern signifikant. Die Schulen dürfen seither für die in Artikel 32 §4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen genannten Kosten keine Entschädigungen mehr von den Erziehungsberechtigten verlangen. Im Gegenzug erhalten die Regel- und Förderschulen in Anwendung von Artikel 4 §1 Absatz 3 des Dekrets vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen zusätzliche Mittel für jeden Schüler in Höhe von 25 Euro (Kindergarten) bzw. 100 Euro (Primar- und Sekundarschule). Dieser im Dekret festgelegte/verankerte Basisbetrag wird in Anwendung der Bestimmungen des oben genannten Artikels 4 indexiert. Infolgedessen beträgt die Zuwendung im September 2024 für jedes Kind bzw. jeden Schüler 32,03 Euro (Kindergarten), 128,11

Euro (Primarschule) bzw. 128,11 Euro (Sekundarschule). Es ist davon auszugehen, dass infolge der hierüber beschriebenen gesetzlichen Abänderung im Schulwesen die Familien folglich um Beträge in dieser Größenordnung entlastet werden.

Durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2023 zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wurde zusätzlich die Kostenbeteiligung der Eltern für die Kleinkindbetreuung und die Außerschulische Betreuung seit dem 1. Januar 2024 signifikant gesenkt. Die Kleinkindbetreuung wurde für Eltern mit einem Haushaltseinkommen von unter 40.000 Euro kostenlos, für höhere Einkommensklassen erhöht sich der Betrag stufenweise. In der Außerschulischen Betreuung ist die erste Betreuungsstunde pro Tag kostenlos, für jede weitere Stunde wird den Eltern ein Euro (indexiert zum 1. Juli 2024: 1,04 Euro) berechnet.

Diese beiden Maßnahmen des letzten Jahres stellen eine direkte geldwerte Entlastung der Eltern dar, die deutlich den Betrag übersteigt, der den Eltern künftig durch die Aufhebung des Jahreszuschlags nicht mehr direkt ausgezahlt wird. Die Aufhebung des Jahreszuschlags ist folglich nicht mit einer Mehrbelastung der Eltern für den Schulbesuch verbunden.

Es bleibt also festzustellen, dass sowohl Eltern, die die Kleinkind- und Außerschulische Betreuung in Anspruch nehmen, als auch Eltern von schulpflichtigen Kindern durch andere Maßnahme derart entlastet werden, dass der Wegfall des Jahreszuschlags hierdurch als kompensiert betrachtet werden kann. Folglich ist davon auszugehen, dass kein Rückschritt gegenüber dem bisher geltenden Schutzniveau stattfindet. Sollten in Einzelfällen solche Rückschritte dennoch festgestellt werden, so sind diese nach Ansicht der Autoren nicht als erheblich zu werten. Für prekarierte Familien, d. h. Familien, die Anspruch auf den Sozialzuschlag haben, und Familien, die erhöhte Ausgaben aufgrund der Beeinträchtigung ihres Kindes haben, wird der Jahreszuschlag gar nicht erst aufgehoben.

Nichtsdestotrotz gebietet es die neue Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs (VerfGh., 27. April 2023, Nr. 69/2023), auch bei vermeintlich nicht erheblichen Rückschritten die Maßnahme einer Prüfung der Verhältnismäßigkeit zu unterziehen.

B) Bewertung der Verhältnismäßigkeit

Die Aufhebung des Zuschlags erfolgt vor dem Hintergrund der wesentlichen Anstrengungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die notwendige finanzielle Tragfähigkeit ihres Haushalts, und insbesondere der verschiedenen sozialen Leistungen, langfristig zu gewährleisten und die europäischen und föderalen Anforderungen an den Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzuhalten. Als Ausdruck der generationsübergreifenden Solidarität müssen hier in allen Bereichen ausreichende Anstrengungen unternommen werden. Die Stabilisierung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Gewährleistung seiner finanziellen Tragfähigkeit stellt einen legitimen Zweck dar (VerfGh., 20. Juli 2023, Nr. 112/2023, Rn. B.11.2.2).

Für den Jahreszuschlag 2024, der am 8. August 2024 zusammen mit dem Kindergeld für den Monat Juli ausgezahlt wurde, wurden rund 940.000 Euro aufgewendet. Dieser Betrag macht somit rund 2 % der jährlichen Zahlungen der Familienleistungen aus. Für den Anspruchsmonat August 2024 hatten 3.290 Kinder Anrecht auf einen Sozialzuschlag. Zu diesem Zeitpunkt hatten 412 Kinder Anrecht auf einen Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung. Von diesen hatten 251 Kinder gleichzeitig Anrecht auf den Sozialzuschlag und den Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung, sodass in Summe 3.451 Kinder mindestens einen der beiden Zuschläge erhalten und durch diesen Vorschlag weiterhin einen Jahreszuschlag erhalten werden. Dies entspricht einem künftigen Betrag von rund 216.000 Euro bzw. einer rekurrenten Einsparung in Höhe von rund 724.000 Euro

Diese Maßnahme der rekurrenten Streichung des Jahreszuschlags ist geeignet, zur langfristigen Stabilisierung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft beizutragen und dessen Tragfähigkeit, insbesondere in Bezug auf die langfristige Gewährung von sozialen Leistungen, zu gewährleisten, indem die Ausgaben für alle Empfänger des Basiskindergeldes gleichermaßen gesenkt werden. Ein Kind erhält aktuell im Jahr 2.329,23 Euro als Basiskindergeld (monatlich 188,89 Euro sowie einmalig 62,55 Euro Jahreszuschlag). Der Jahreszuschlag macht somit aufgerundet 2,69 % des Kindergeldes für dieses Kind aus. Da die anderen (teils kumulierbaren) im Dekret verankerten Zuschläge, d. h. der Zuschlag für kinderreiche Familien, der Sozialzuschlag, der Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung, der Vollwaisenzuschlag und der Halbwaisenzuschlag, beibehalten werden, wirkt sich die Aufhebung des Jahreszuschlags weniger stark auf das global erworbene Kindergeld dieser Kinder aus, sodass die zweite Intention des Dekretgebers aus dem Jahr 2018, die Kinderarmut zu bekämpfen, weiterhin aufrechterhalten wird.

Der niedrigste der oben genannten monatlichen Zuschläge, der Sozialzuschlag, beträgt monatlich 90,21 Euro. Familien mit einem Kind mit Anrecht auf den Sozialzuschlag erhalten aktuell im Jahr somit 3.411,75 Euro (Basiskindergeld, Jahreszuschlag und Sozialzuschlag) für dieses Kind. Bei diesen Familien, die Anrecht auf den Sozialzuschlag haben, macht der Jahreszuschlag bereits lediglich noch 1,83 % des Kindergeldes für dieses Kind aus. Da diese Familien nicht von der Maßnahme der Streichung des Jahreszuschlags betroffen sein werden, ändert sich der vorgenannte Betrag nicht und werden diese Familien nicht belastet. Diese Überlegung zeigt sich mit Blick auf die monatlichen Zuschläge für Beeinträchtigung noch stärker, da diese teils deutlich höher liegen (Kategorie 1: 102,25 Euro; Kategorie 2: 134,73 Euro; Kategorie 3: 315,16 Euro; Kategorie 4: 519,67 Euro; Kategorie 5: 590,66 Euro; Kategorie 6: 632,75 Euro; Kategorie 7: 674,86 Euro). Vergleicht man den prozentualen Anteil, den die verschiedenen Zuschläge auf das gesamte Kindergeld ausmachen, so ist deutlich zu erkennen, dass der Jahreszuschlag nur sehr wenig ins Gewicht fällt – und infolgedessen auch seine Streichung verhältnismäßig weniger ins Gewicht fallen wird, als die Streichung anderer Zuschläge es tun würde.

Zusammengefasst: Die Streichung ist als eine von vielen Maßnahmen erforderlich, um den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu stabilisieren. Weniger einschneidende Maßnahmen sind nicht erkennbar. Im Gegenteil, u. a. durch vorliegendes Dekret werden weitreichende haushaltstechnische Anstrengungen unternommen, die zur Erfüllung der europäischen und föderalen Anforderungen notwendig sind und alle Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen. Der Bereich Familienleistungen leistet seinen erforderlichen Anteil bei diesen Anstrengungen. Durch die Verteilung der Sparlast auf die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche wird das Gewicht jeder Maßnahme abgefedert und auf das Notwendigste beschränkt.

Schließlich lässt sich aus dem Vorstehenden ableiten, dass die Streichung des Jahreszuschlags in einem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Ziel, nämlich der Sicherstellung der finanziellen Tragfähigkeit des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, steht. Es handelt sich um eine Maßnahme, die bereits im Vorfeld durch andere Maßnahmen kompensiert wurde (siehe unter A). Des Weiteren werden die durch Armut gefährdeten Bevölkerungsgruppen nicht von der Maßnahme getroffen. Hierdurch wird die langfristige Tragfähigkeit des Haushalts, und somit die uneingeschränkte Gewährung der übrigen Leistungen des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, ermöglicht. Die sich aus der Streichung des Jahreszuschlags ergebenden Einschnitte sind als eher moderat und demnach als angemessen für die hierüber beschriebene Zielsetzung zu werten.

Artikel 3

Infolge der Vorgaben der Europäischen Kommission zu den erforderlichen belgischen Sparanstrengungen bezüglich der öffentlichen Ausgaben muss sich auch die Deutschsprachige Gemeinschaft an diesem gemeinsamen Kraftakt des Föderalstaates, der Regionen und der Gemeinschaften Belgiens beteiligen.

Eine der in diesem Kontext erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichts ist die Aussetzung der Indexierung der Familienleistungen für die Jahre 2025 und 2026.

Artikel 4

Es wird vorgeschlagen, zwecks strikter Einhaltung der Haushaltsdisziplin und vor dem Hintergrund der erforderlichen Sparanstrengungen aufgrund des von der EU-Kommission eingeleiteten Defizitverfahrens gegen Belgien, die Zahlung des variablen Teils der Jahresendprämie für alle Personalmitglieder im öffentlichen Dienst und im Unterrichtswesen ab dem Jahr 2025 auszusetzen, um so einen notwendigen Beitrag zur Reduzierung rekurrenter Personalkosten zu erreichen.

Artikel 5

Mit dieser Bestimmung wird ein neuer Artikel 2.1 in das Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft eingefügt, der die Regierung verpflichtet, künftig im Rahmen einer kontinuierlichen Überprüfung, die sich jeweils über einen Zeitraum von sieben Jahren erstreckt, die Wirkung und die Anwendbarkeit desselben Dekrets auszuwerten. Der Regierung wird es obliegen, einen entsprechenden Bericht zu verfassen, der dem Parlament gemeinsam mit eventuellen Anpassungsvorschlägen für den darauffolgenden Zeitraum von sieben Jahren vorzulegen ist.

Artikel 6

Mit dieser Bestimmung wird die Höhe der Gemeindedotation für den Zeitraum 2024 bis 2031 angepasst. Die Änderung ist parallel zu dem neuen Artikel 34.2 zu lesen. Die Änderung steht ebenfalls in Verbindung mit der Anpassung der Höhe der Wegedotation und der Sozialhilfedotation.

Es werden gleichzeitig folgende drei Maßnahmen greifen:

1. Erhöhung der Gemeindedotation, der Wegedotation und der Sozialhilfedotation im Jahr 2024. Kürzung der Gemeindedotation, der Wegedotation und der Sozialhilfedotation in den Folgejahren 2025 bis 2031.
2. Anpassung des Verhältnisses zwischen Gemeindedotation und Sozialhilfedotation auf den Proporz 85/15 ab dem Haushaltsjahr 2025.
3. Schaffung einer zweckgebundenen jährlichen Unterhaltsdotations, die für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 dazu bestimmt ist, Unterhaltsarbeiten an kommunalen beweglichen und unbeweglichen Gütern zu finanzieren. Diese Unterhaltsdotations beträgt 3.000.000 Euro und wird dem Betrag der Gemeindedotation entnommen.

Zusammensetzung der Dotationen

Für das Haushaltsjahr 2024 wird der Betrag der Gemeindedotation, der Wegedotation und der Sozialhilfedotation substanziell erhöht, während dieser Betrag für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 gekürzt wird. Die einzelnen Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

a) *Gemeindedotation*: Im Jahr 2024 wird eine Einmalzahlung dieser Dotation vorgenommen; diese beschränkt sich auf 50 % eines ermittelten Gesamtbetrags. Die verbleibenden 50 % werden weiterhin in Form einer jährlichen Dotation ausgezahlt. Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus:

- dem für das Haushaltsjahr 2024 aufgrund der bisherigen Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 festgelegten Betrag (einmal zur Abdeckung des Jahres 2024);
- einem Betrag, der ermittelt wird, indem die Gemeindedotation und Sozialhilfedotation des Haushaltsjahres 2024 summiert und anschließend aufgrund des Proportes 85/15 neu aufgeteilt werden. Dieser angepasste Betrag 2024 der Gemeindedotation (i. e. 25.656.269,50 Euro) wird für

sieben Jahre summiert. Der Betrag der einmaligen Auszahlung der Gemeindedotation (der – wie erwähnt – zu 50 % ausbezahlt wird) wird sich somit auf 117.235.771,47 Euro belaufen.

- Von den erwähnten verbleibenden 50 % dieses Gesamtbetrags, die weiterhin jährlich ausgezahlt werden (i. e. 12.828.134,75 Euro pro Jahr), wird zudem ein Betrag von 3.000.000 Euro abgezogen. Dieser Betrag wird nämlich der neu geschaffenen jährlichen Unterhaltsdotations zuggeführt werden. Somit wird der jährliche Betrag der Gemeindedotation für die Haushaltsjahre 2025-2031 genau 9.828.134,75 Euro betragen.

Im Haushaltsjahr 2032 wird der an den neuen Proporz angepasste Betrag 2024 der Gemeindedotation (i. e. 25.656.269,50 Euro) als neue Grundlage genommen und an die Entwicklungsrate des Jahres 2032 angepasst. Ab dem Haushaltsjahr 2033 wird dieser für das Haushaltsjahr 2032 festgelegte Betrag wiederum jährlich der Entwicklungsrate angepasst.

Berechnungsformel für 2024-2031:

*Zum einen 100% von Betrag 2024 + 50 % von [angepasster Betrag 2024 * 7]*

*Zum anderen (ab 2025) 50 % von [angepasster Betrag 2024 * 7]; Resultat / 7 (da jährlich ausgezahlt) - 3.000.000*

b) Wededotation: Im Jahr 2024 wird die Wededotation auf 24.000.000 Euro erhöht. In den Folgejahren entfällt die Wededotation. Ab dem Haushaltsjahr 2032 wird die Wededotation 3.000.000 Euro pro Jahr betragen.

Berechnungsformel für 2024-2031:

*Für 2024: 100 % von Betrag 2024 + [Betrag 2024 * 7]*

Für 2025-2031: 0

c) Sozialhilfedotation: Im Jahr 2024 wird ebenfalls eine Einmalzahlung zu 100 % vorgenommen. Der Betrag setzt sich zusammen aus:

- dem für das Haushaltsjahr 2024 aufgrund der bisherigen Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 festgelegten Betrag (einmal zur Abdeckung des Jahres 2024);

- einem Betrag, der ermittelt wird, indem die Gemeindedotation und Sozialhilfedotation des Haushaltsjahres 2024 summiert und anschließend aufgrund des Proporz 85/15 neu aufgeteilt werden. Dieser angepasste Betrag 2024 der Sozialhilfedotation (i. e. 4.527.576,97 Euro) wird für sieben Jahre summiert. Der Betrag der einmaligen Auszahlung der Sozialhilfedotation wird sich somit auf 34.559.776,03 Euro belaufen.

Im Haushaltsjahr 2032 wird der an den neuen Proporz angepasste Betrag 2024 der Sozialhilfedotation (i. e. 4.527.576,97 Euro) als neue Grundlage genommen und an die Entwicklungsrate des Jahres 2032 angepasst. Ab dem Haushaltsjahr 2033 wird dieser für das Haushaltsjahr 2032 festgelegte Betrag wiederum jährlich der Entwicklungsrate angepasst.

Berechnungsformel für 2024-2031:

*Für 2024: 100 % von Betrag 2024 + [angepasster Betrag 2024 * 7]*

Für 2025-2031: 0

Anmerkung: Unter Entwicklungsrate ist die in Artikel 3 §2 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 erwähnte Anpassung der Dotationsbeträge zu verstehen (i. e. Inflationsentwicklung + 1 %).

Artikel 7 und 8

Durch diese Artikel werden verschiedene Parameter zur Errechnung des Anteils geändert, den jede Gemeinde aus der Gemeindedotation bezieht.

Zum einen wird die Kompensationsberechnung der Einnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen ab 2025 mit 50 % gewichtet werden, während diese bisher zu 100 % gewichtet wurde.

Zeitgleich wird eine Kompensationsberechnung der Einnahmen aus der Zuschlagsteuer auf Immobilien eingeführt, ebenfalls mit 50 % gewichtet. Zur Berechnung der Ausgleichzahlung der Gemeinden mit unterdurchschnittlichem Einnahmepotential wird ab 2025 nicht mehr der Durchschnittszuschlagsatz aller Gemeinden angewendet, sondern der Satz der jeweiligen Gemeinde.

Der Mechanismus lässt sich anhand eines fiktiven Beispiels wie folgt zusammenfassen:

	Gemeinde A	Gemeinde B	Total	
Einwohner (am 1. Januar)	10.000	20.000	30.000	(Ø Durchschnittswert der letzten 6 Jahre)
Zuschlagsteuer Immobilien	2.500.000 €	9.000.000 €	11.500.000 €	(Ø Durchschnittseinnahmen der letzten 6 Jahre)
Zuschlagsteuersatz Immobilien	2.000	3.000	2.666,67	(Ø Durchschnittssteuersatz der letzten 6 Jahre)
Ø € pro 100 pro Einwohner	12,50 €	15,00 €	14,38 €	(Ø Durchschnittswert der letzten 6 Jahre)
Kompensationsbetrag	375.000,00 €	0,00 €	375.000,00 €	Kompensationsbetrag

→ $375.000 \text{ €} = (15 \text{ €} - 12,50 \text{ €}) \times 10.000 \text{ Einwohner} \times 2.000 / 100$
(wenn Ertragswert der Gemeinde < Durchschnittsertrag aller Gemeinden)

Bei der Ausgabendotation wird die Gewichtung der Einwohnerzahl von 45 % auf 50 % erhöht und der Parameter der Arbeitsplätze pro Gemeinde von 20 % auf 15 % gekürzt.

Artikel 9

Siehe Kommentar zur Anpassung der Gemeindedotation

Artikel 10

Durch diesen Artikel wird die im Jahr 2022 eingeführte Dotation zur Bekämpfung der Folgen der Hochwasserkatastrophe für die Stadt Eupen in Höhe von 500.000 Euro jährlich aufgehoben.

Artikel 11

Siehe Kommentar zur Anpassung der Gemeindedotation

Artikel 12

Mit dieser Bestimmung wird in dasselbe Dekret für den Zeitraum 2025 bis 2031 eine fünfte Art der Dotation eingeführt, die neben der Gemeindedotation, der Wegedotation, der Dotationen für die Basisförderung und der Sozialhilfedotation zur Finanzierung der untergeordneten Behörden beitragen wird. Diese neue Unterhaltsdotation ist zweckgebunden und wird dazu bestimmt, Unterhaltsarbeiten an kommunalen unbeweglichen Gütern zu finanzieren.

Der Betrag der Unterhaltsdotation wird bei 3.000.000 Euro jährlich liegen. Dabei handelt es sich um einen Betrag, der während des genannten Zeitraums 2025 bis 2031 der Gemeindedotation entnommen wird (siehe neuer Artikel 34.3), um zweckgebunden eingesetzt zu werden.

Artikel 13

Artikel 14 §2 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen – der die Gewährung einer Umzugs- bzw. Mietbeihilfe für bestimmte Haushalte vorsieht – wird aufgehoben, da die Nutznießer dieser Beihilfe bereits von anderen entlastenden Maßnahmen profitieren und somit die Streichung dieser Beihilfe als Entlastungsmaßnahme für den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erklären ist. Des Weiteren sind Mehrfachbezuschussungen in Zeiten der Einsparungen nicht zu rechtfertigen. Bei schwierigen sozialen, familiären und finanziellen Situationen können Beihilfen bei den öffentlichen Sozialhilfezentren beantragt werden. Die entsprechende Ausführungsbestimmung, nämlich der Erlass der Wallonischen Regierung vom 21. Januar 1999 über die Gewährung von Umzugs-, Miet- und Einzugszulagen, wird durch einen separaten Regierungserlass aufgehoben werden.

Mit der Streichung der verschiedenen Mietbeihilfen stellt sich folgerichtig die Frage der Einhaltung der sogenannten „Stillhalteverpflichtung“ bzw. des „Standstills“. Artikel 23 der Verfassung sieht vor, dass es jedem Gesetzgeber obliegt, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten und die Bedingungen ihrer Ausübung zu bestimmen, darunter auch das „Recht auf eine angemessene Wohnung“. Die Stillhalteverpflichtung soll verhindern, dass die zuständige Behörde das durch die anwendbare Gesetzgebung gebotene Schutzniveau dieser Rechte erheblich verringert, ohne dass hierfür Gründe des Allgemeininteresses vorliegen. Wie aus dieser Beschreibung hervorgeht, ist die Standstill-Verpflichtung ihrer Natur nach nicht absolut, sondern relativ. Abweichend von der Regel ist es also zulässig, Gesetze, Dekrete und Regelungen gegen die bereits garantierten Rechte zu erlassen, sofern eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist, die darauf schließen lassen, dass die Maßnahme verhältnismäßig ist.

Es ist derzeit keine Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs bekannt, die mit Sicherheit bestätigen würde, dass die aufgrund des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen gewährten Mietbeihilfen als Bestandteil des „Rechts auf eine angemessene Wohnung“ im Sinne von Artikel 23 der Verfassung zu betrachten sind. Dennoch empfiehlt es sich vorsorglich und unter allen Vorbehalten, die Zulässigkeit der Aufhebung der verschiedenen Mietbeihilfen unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen.

Die nachfolgenden Überlegungen folgen daher folgenden Etappen:

A) Bewertung der Schwere der Maßnahme: In einer ersten Etappe ist zu prüfen, ob es sich überhaupt um einen erheblichen Rückschritt handelt oder ob, im Gegenteil, die Rechte der Betroffenen auf andere, aber gleichwertige Weise gewahrt bleiben.

B) Bewertung der Verhältnismäßigkeit: In einem zweiten Schritt wird geprüft, ob die Streichung der verschiedenen Beihilfen eine verhältnismäßige Maßnahme ist. Hierzu wird eine Prüfung durchgeführt, die ihrerseits aus folgenden Schritten besteht:

1. Legitimer Zweck: Zunächst muss geprüft werden, ob die Maßnahme einem legitimen Ziel dient. Das bedeutet, dass das Ziel rechtlich anerkannt und von öffentlichem Interesse sein muss.

2. Geeignetheit: Es wird untersucht, ob die Maßnahme geeignet ist, das angestrebte Ziel zu erreichen. Die Maßnahme muss also tatsächlich dazu beitragen können, das Ziel zu verwirklichen.

3. Erforderlichkeit: Hier wird geprüft, ob die Maßnahme erforderlich ist, um das Ziel zu erreichen. Es darf keine weniger einschneidende Maßnahme geben, die das gleiche Ziel ebenso effektiv erreichen könnte.

4. Angemessenheit: Schließlich wird die Angemessenheit der Maßnahme bewertet. Dabei wird abgewogen, ob die Vorteile der Maßnahme die Nachteile überwiegen. Es muss ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Ziel und den eingesetzten Mitteln bestehen.

A) Bewertung der Schwere der Maßnahme

Die Aufhebung der Mietbeihilfen ist in einem globaleren Kontext zu lesen, der die Auswirkungen der Streichung zwar nicht neutralisiert, sie zumindest aber zu einem großen Teil abfedert. Nichtsdestotrotz gebietet es die neueste Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs (VerfGh., 27. April 2023, Nr. 69/2023), auch bei vermeintlich nicht erheblichen Rückschritten die Maßnahme einer Prüfung der Verhältnismäßigkeit zu unterziehen.

B) Bewertung der Verhältnismäßigkeit

Die Aufhebung der Mietbeihilfen geschieht vor dem Hintergrund der wesentlichen Anstrengungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die notwendige finanzielle Tragfähigkeit ihres Haushalts, und insbesondere der verschiedenen Beihilfen, langfristig zu gewährleisten und die europäischen und föderalen Anforderungen an den Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzuhalten. Als Ausdruck der generationsübergreifenden Solidarität müssen hier in allen Bereichen ausreichende Anstrengungen unternommen werden. Die Stabilisierung des Haushalts der

Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Gewährleistung seiner finanziellen Tragfähigkeit stellt einen legitimen Zweck dar (VerfGh., 20. Juli 2023, Nr. 112/2023, Rn. B.11.2.2).

Diese Maßnahme der rekurrenten Streichung der verschiedenen Beihilfen ist geeignet, zur langfristigen Stabilisierung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft beizutragen und dessen Tragfähigkeit, insbesondere in Bezug auf die langfristige Gewährung von verschiedenen Maßnahmen, wie z. B. das Zurverfügungstellen von Sozialwohnungen, zu gewährleisten.

Zusammengefasst: Die Streichung ist als eine von vielen Maßnahmen erforderlich, um den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu stabilisieren. Weniger einschneidende Maßnahmen sind nicht erkennbar. Im Gegenteil, u. a. durch vorliegenden Dekretvorschlag werden zahlreiche andere, weitreichende haushaltstechnische Anstrengungen unternommen, die zur Erfüllung der europäischen und föderalen Anforderungen notwendig sind und alle Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen. Der Bereich Wohnbeihilfen leistet seinen erforderlichen Anteil bei diesen Anstrengungen. Durch die Verteilung der Sparlast auf die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche wird das Gewicht jeder Maßnahme abgefedert und auf das Notwendigste beschränkt.

Schließlich lässt sich vom Vorstehenden ableiten, dass die Streichung der verschiedenen Beihilfen in einem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Ziel steht, nämlich der Sicherstellung der finanziellen Tragfähigkeit des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Hierdurch wird die langfristige Tragfähigkeit des Haushalts ermöglicht. Die sich aus der Streichung der verschiedenen Beihilfen ergebenden Einschnitte sind als eher moderat und demnach als angemessen für die hierüber beschriebene Zielsetzung zu werten.

Zudem profitieren die Nutznießer dieser Beihilfen – insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen – bereits von anderen entlastenden Maßnahmen, wie z. B. die Familienleistungen, bestehend aus einem Basiskindergeld und einem Zuschlag für kinderreiche Familien sowie einem Sozialzuschlag. Darüber hinaus werden die Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft entlastet durch eine Reduzierung der Schulbesuchskosten, kostengünstiges Mittagessen in den Schulen, geringere Mitgliedsbeiträge für Sport und Freizeit oder die Senkung der Elternbeiträge in der Kinderbetreuung, bis hin zur Kostenlosigkeit unterhalb des Medianeinkommens und einer kostenlosen Stunde der außerschulischen Betreuung pro Tag. Abzüge bei den bereits reduzierten Mieten sind nicht gebunden an die Miete und somit nicht zielführend, weil sie nicht zweckgebunden sind. Dabei gilt zu beachten, dass die Mieten bereits sozialverträglich gestaltet sind. Vor dem Hintergrund der notwendigen Sparmaßnahmen sind Mehrfachbezuschussungen nicht zu rechtfertigen. Bei sozialen, familiären und finanziellen Schwierigkeiten erhalten die Bürger bei den öffentlichen Sozialhilfezentren jede notwendige Form der Unterstützung. Hierunter fällt auch die Mietbeihilfe. Als Effekt dieser Maßnahme werden Mieter ebenfalls dazu animiert, eigene Einkünfte zu erwirtschaften.

Schlussendlich ist darauf hinzuweisen, dass im Hinblick auf eine verhältnismäßige Anwendung der Maßnahme die Aufhebung der Mietbeihilfen nur für künftige Anwendungsfälle gelten soll. Es wird eine Übergangsbestimmung für die Haushalte vorgesehen, die zum 31. Dezember 2024 bereits eine Mietzulage beziehen.

Artikel 14

Artikel 29 §4 Nummer 4 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen – der die Gewährung von Beihilfen in Form einer Mietzulage für Wohnungen vorsieht, die durch juristische Personen, die keine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes sind, verwaltet oder gemietet werden – wird aufgehoben, da die Nutznießer dieser Beihilfe bereits von anderen entlastenden Maßnahmen profitieren und somit die Streichung dieser Beihilfe als Entlastungsmaßnahme für den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erklären ist. Des Weiteren sind Mehrfachbezuschussungen in Zeiten der Einsparungen nicht zu rechtfertigen. Bei schwierigen sozialen, familiären und finanziellen

Situationen können Beihilfen bei den öffentlichen Sozialhilfezentren beantragt werden. Die entsprechende Ausführungsbestimmung, nämlich der Erlass der Wallonischen Regierung vom 20. Juni 2013 zur Festsetzung der Bedingungen für die Beteiligung der Region an der Miete der durch eine Agentur für soziale Wohnungen oder eine Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens verwalteten oder gemieteten Wohnungen, wird durch einen separaten Regierungserlass aufgehoben werden.

Artikel 15

Artikel 59ter des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen – der die Gewährung von Beihilfen in Form einer Mietzulage für Wohnungen vorsieht, die durch Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes verwaltet oder gemietet werden – wird aufgehoben, da die Nutznießer dieser Beihilfe bereits von anderen entlastenden Maßnahmen profitieren und somit die Streichung dieser Beihilfe als Entlastungsmaßnahme für den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erklären ist. Des Weiteren sind Mehrfachbezuschussungen in Zeiten der Einsparungen nicht zu rechtfertigen. Bei schwierigen sozialen, familiären und finanziellen Situationen können Beihilfen bei den öffentlichen Sozialhilfezentren beantragt werden. Die entsprechende Ausführungsbestimmung, nämlich der Erlass der Wallonischen Regierung vom 20. Juni 2013 zur Festsetzung der Bedingungen für die Beteiligung der Region an der Miete der durch eine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes verwalteten oder gemieteten Wohnungen, wird durch einen separaten Regierungserlass aufgehoben werden.

Artikel 16

Auch die weiteren Verweise auf den aufzuhebenden Artikel 59ter werden in Artikel 62 desselben Gesetzbuches aufgehoben.

Artikel 17

Es wird eine Übergangsbestimmung für die Haushalte vorgesehen, die in Ausführung von Artikel 14 §2 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen und gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 21. Januar 1999 über die Gewährung von Umzugs-, Miet- und Einzugszulagen zum 31. Dezember 2024 bereits eine Mietzulage beziehen. Solange die in dem genannten Erlass festgelegten Bedingungen erfüllt sind, kann die Mietzulage gemäß den entsprechenden Modalitäten bezogen werden. Die Aufhebung gilt demnach nur für neue Antragsteller. Allerdings wird die Auszahlung spätestens zum 31. Dezember 2026 eingestellt.

Ähnlich wird für die Mietzulagen verfahren, die über einen Zuschuss an die Agenturen für soziale Wohnungen ausgezahlt werden. Auch hier soll der Zuschuss nur noch für derzeitige Mieter gewährt werden, solange die im Erlass der Wallonischen Regierung vom 20. Juni 2013 zur Festsetzung der Bedingungen für die Beteiligung der Region an der Miete der durch eine Agentur für soziale Wohnungen oder eine Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens verwalteten oder gemieteten Wohnungen festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Die Aufhebung gilt demnach nur für neue Mieter in den Agenturen. Allerdings wird die Auszahlung spätestens zum 31. Dezember 2026 eingestellt.

Artikel 18

Da Artikel 14 §2 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen durch das vorliegende Dekret aufgehoben wird, erübrigt sich die in Artikel 6 Nummer 1 des Dekrets vom 6. Mai 2024 zur Abänderung des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen und des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur vorgesehene Abänderung, die noch nicht in Kraft getreten ist.

Artikel 19

Diese Anpassung des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung dient der Vervollständigung der Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. In der Tat wies das Auditorat des Staatsrats kürzlich auf eine potenzielle Rechtslücke hin: Da die Deutschsprachige Gemeinschaft 2012 noch nicht für das Wohnungswesen zuständig war, erschien es sinnvoll, bei der Umsetzung von Artikel 3 (1) der erwähnten Richtlinie nicht auf den Wohnraum zu verweisen. Am 1. Januar 2020 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft allerdings die Ausübung dieser Zuständigkeit übernommen, sodass eine entsprechende Ergänzung notwendig wird.

Artikel 20 bis 27

Mit diesem Abschnitt soll die Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union teilweise umgesetzt werden.

Der Grundsatz, dass im öffentlichen Dienst ein garantiertes Mindesteinkommen zu zahlen ist, wird durch Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen, festgelegt. Im Hinblick auf die konforme Umsetzung der oben genannten Richtlinie, hat die Föderalregierung durch einen Königlichen Erlass vom 10. Juli 2024 einige Ergänzungen vorgenommen. Die Regelung der kollektiven Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst ist weiterhin gemäß Artikel 87 §5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen eine föderale Zuständigkeit.

Dennoch stellte der Staatsrat in seinem Gutachten Nr. 65.425/VR vom 28. März 2019 fest, dass seit dem Inkrafttreten der Sechsten Staatsreform, die Gemeinschaften und Regionen auch dafür zuständig sind, in ihren Zuständigkeitsbereichen das Mindesteinkommen festzulegen.

Um in dieser Hinsicht für Rechtssicherheit zu sorgen, sollen durch den vorliegenden Abschnitt entsprechende Verweise auf den erwähnten Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 in die Rechtsgrundlagen für das Personal des Unterrichtswesens und der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets eingefügt werden. Eine Änderung des ÖSHZ-Grundlagengesetzes ist nicht notwendig, da dieses nach wie vor vorsieht, dass für das Personal des ÖSHZ das gleiche Verwaltungs- und Besoldungsstatut gilt wie für das Personal der Gemeinde, in der sich der Sitz des ÖSHZ befindet (Artikel 42 Absatz 5 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren).

Die entsprechende Anpassung der Personalstatute für das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Einrichtungen öffentlichen Interesses (einschließlich des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft) erfolgt aufgrund der in diesem Zusammenhang geltenden Gewaltentrennung ausschließlich per Regierungserlass.

Artikel 28

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten der einzelnen Bestimmungen fest.

PROGRAMMDEKRETVORSCHLAG 2024 (II)**KAPITEL 1 – PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN****Abschnitt 1 – Senioren**

Art. 1 – Artikel 12 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren wird wie folgt abgeändert:

1. Im einzigen Absatz, der zu Absatz 1 wird, wird die Wortfolge „Die Regierung bestimmt“ durch die Wortfolge „Unbeschadet des Absatzes 2 bestimmt die Regierung“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„In den Jahren 2025 und 2026 werden die Leistungen nicht indexiert.“

Abschnitt 2 – Familie

Art. 2 – In Artikel 16 des Dekrets vom 23. April 1981 über die Familienleistungen wird die Wortfolge „das Basiskindergeld hat“ durch die Wortfolge „den Sozialzuschlag oder den Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung hat“ ersetzt.

Art. 3 – In Kapitel 9 Abschnitt 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 11. Dezember 1981 und vom 15. Dezember 2021, wird folgender Artikel 117.3 eingefügt:

„Art. 117.3 - *Übergangsbestimmung*

In Abweichung von Artikel 38 erfolgt in den Jahren 2025 und 2026 keine Angleichung der Familienleistungen.“

KAPITEL 2 – ÖFFENTLICHE DIENSTE UND UNTERRICHTSWESEN

Art. 4 – In den Königlichen Erlass vom 23. Oktober 1979 zur Gewährung einer Jahresendzulage an gewisse Inhaber eines zu Lasten der Staatskasse besoldeten Amtes, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 - In Abweichung von Artikel 4 und 5 besteht die Jahresendzulage ab dem 1. Januar 2025 ausschließlich aus dem in Artikel 5 §2 Nummer 1 angeführten pauschalen Teil.“

KAPITEL 3 – ÜBERTRAGENE REGIONALANGELEGENHEITEN**Abschnitt 1 – Lokale Behörden**

Art. 5 – In Kapitel I des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wird folgender Artikel 2.1 eingefügt:

„Art. 2.1 - *Kontinuierliche Überprüfung*

Die Regierung wertet im Rahmen einer kontinuierlichen Überprüfung, die sich jeweils über einen Zeitraum von sieben Jahren erstreckt und auf den während dieses Zeitraums gewonnen Erkenntnissen beruht, die Wirkung und die Anwendbarkeit des vorliegenden Dekrets aus. Die Regierung erstellt einen entsprechenden Bericht, den sie dem Parlament vor Ende des laufenden Zeitraums von sieben Jahren gemeinsam mit eventuellen Anpassungsvorschlägen für den darauffolgenden Zeitraum von sieben Jahren vorlegt. Der erste Bericht wird im Jahr 2031 hinterlegt.“

Art. 6 – Artikel 3 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 19. April 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird die Wortfolge „Ab dem Haushaltsjahr 2011“ durch die Wortfolge „Für die Haushaltsjahre 2011 bis 2023“ ersetzt.

2. Zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 8 wird, werden folgende Absätze eingefügt:
„Für das Haushaltsjahr 2024 beträgt die Gemeindedotation 117.235.771,47 Euro.

Für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 beträgt die Gemeindedotation jeweils 9.828.134,75 Euro.

Für das Haushaltsjahr 2032 wird die Gemeindedotation wie folgt berechnet: Ein Betrag von 25.656.269,50 Euro wird an die Entwicklungsrate des Jahres 2032 angepasst.

Ab dem Haushaltsjahr 2033 wird der für das Haushaltsjahr 2032 festgelegte Betrag jährlich der Entwicklungsrate angepasst.“

Art. 7 – Artikel 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Auf Basis der jährlichen Gemeindeeinnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen wird für jede Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlaghundertstel berechnet. Die Einnahmen, die die Gemeinden aufgrund des Beschlusses des ministeriellen Komitees der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion zur Änderung des Beschlusses vom 24. Oktober 1975 bezüglich der Anwendung des Artikels 8 des koordinierten Abkommens zur Schaffung der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2001, erhalten, werden den genannten jährlichen Einnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen gleichgestellt. Daraus wird ein Durchschnittsertrag pro Einwohner der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ermittelt. Liegt für eine Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlaghundertstel unter diesem Durchschnittsertrag, wird ein Ausgleich berechnet aus der Differenz zwischen diesen beiden Werten, multipliziert mit der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Gemeinde und dem durchschnittlichen Zuschlagsteuersatz der Gemeinde. Dabei wird jährlich der Zuschlagsteuersatz mit der entsprechenden Einwohnerzahl gewichtet. Schlussendlich werden die berechneten Ausgleichswerte mit 50 % multipliziert.“

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Auf Basis der jährlichen Gemeindeeinnahmen aus der Zuschlagsteuer auf unbewegliche Güter wird für jede Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlaghundertstel berechnet. Daraus wird ein Durchschnittsertrag pro Einwohner der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ermittelt. Liegt für eine Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlaghundertstel unter diesem Durchschnittsertrag, wird ein Ausgleich berechnet aus der Differenz zwischen diesen beiden Werten, multipliziert mit der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Gemeinde und dem durchschnittlichen Zuschlagsteuersatz der Gemeinde. Dabei wird jährlich der Zuschlagsteuersatz mit der entsprechenden Einwohnerzahl gewichtet. Schlussendlich werden die berechneten Ausgleichswerte mit 50 % multipliziert.“

3. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Für die Ermittlung von Durchschnittswerten im vorliegenden Artikel werden jeweils die Werte der letzten sechs verfügbaren Rechnungsjahre verwendet.“

Art. 8 – Artikel 5 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Spiegelstrich 2 wird das Wort „fünfundvierzig“ durch das Wort „fünfzig“ ersetzt.

2. In Spiegelstrich 3 wird das Wort „zwanzig“ durch das Wort „fünfzehn“ ersetzt.

Art. 9 – Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012, 12. Dezember 2019 und 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Spiegelstrich 14 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. In Absatz 1 werden folgende Spiegelstriche 15 bis 17 eingefügt:
„- für das Haushaltsjahr 2023: 3.000.000 EUR;
- für das Haushaltsjahr 2024: 24.000.000 EUR;
- für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031: 0 EUR.“
3. In Absatz 2 wird die Angabe „Haushaltsjahr 2023“ durch die Angabe „Haushaltsjahr 2032“ ersetzt.

Art. 10 – Artikel 11 §2.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird aufgehoben.

Art. 11 – Artikel 14 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 19. April 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird die Wortfolge „Ab dem Haushaltsjahr 2011“ durch die Wortfolge „Für die Haushaltsjahre 2011 bis 2023“ ersetzt.
2. Folgende Absätze 4 bis 7 werden eingefügt:
„Für das Haushaltsjahr 2024 beträgt die Sozialhilfedotation 34.559.776,03 Euro.

Für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 beträgt die Sozialhilfedotation 0 Euro.

Für das Haushaltsjahr 2032 wird die Sozialhilfedotation wie folgt berechnet: Ein Betrag von 4.527.576,97 Euro wird an die in Artikel 3 §2 erwähnte Entwicklungsrate des Jahres 2032 angepasst.

Ab dem Haushaltsjahr 2033 wird der für das Haushaltsjahr 2032 festgelegte Betrag jährlich der in Artikel 3 §2 erwähnten Entwicklungsrate angepasst.“

Art. 12 – In Kapitel VII desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Artikel 34.2 eingefügt:

„Art. 34.2 - Übergangsbestimmung für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031

§1 - In Abweichung von Artikel 1 Absatz 1 erhalten die Gemeinden für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 eine jährliche Unterhaltsdotations, die dazu bestimmt ist, Unterhaltsarbeiten an kommunalen unbeweglichen Gütern zu finanzieren.

§2 - Die Unterhaltsdotations beträgt 3.000.000 Euro.

Dieser Betrag wird gemäß dem in Anwendung von Kapitel II ermittelten Proporz unter den Gemeinden aufgeteilt.

§3 - Die Regierung überprüft die Verwendung der aufgrund des vorliegenden Artikels gewährten Mittel anhand der jährlichen Rechnungslegung der Gemeinden.

Die Regierung fordert Gelder zurück, die in einem Haushaltsjahr nicht zweckgemäß verwendet wurden.“

Abschnitt 2 – Wohnungswesen

Art. 13 – Artikel 14 §2 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird aufgehoben.

Art. 14 – Artikel 29 §4 Nummer 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und vom 1. Juni 2017, wird aufgehoben.

Art. 15 – Artikel 59ter desselben Gesetzbuches, wieder eingeführt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 16 – Artikel 62 desselben Gesetzbuches, wieder eingeführt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Satz 2 wird aufgehoben.
2. §2 Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 17 – In Abweichung von Artikel 210 findet Artikel 14 §2 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen weiterhin Anwendung auf die Haushalte, die in Ausführung dieser Bestimmung zum 31. Dezember 2024 bereits eine Mietzulage beziehen. Die Auszahlung endet jedoch spätestens am 31. Dezember 2026 von Amts wegen.

In Abweichung von Artikel 211 findet Artikel 29 §4 Nummer 4 desselben Gesetzbuches weiterhin Anwendung auf die Beihilfen zugunsten der Agenturen für soziale Wohnungen, die in Form einer Mietzulage für die Mieter einer durch diese Agenturen verwalteten oder gemieteten Wohnung gewährt werden, insofern diese Mieter in Ausführung dieser Bestimmung zum 31. Dezember 2024 bereits eine Mietzulage beziehen. Die Auszahlung endet jedoch spätestens am 31. Dezember 2026 von Amts wegen.

Art. 18 – Artikel 6 Nummer 1 des Dekrets vom 6. Mai 2024 zur Abänderung des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen und des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur wird aufgehoben.

KAPITEL 4 – VERSCHIEDENES

Abschnitt 1 – Nicht-Diskriminierung

Art. 19 – In Artikel 4 Nummer 7 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung wird zwischen das Wort „stehen,“ und das Wort „und“ die Wortfolge „einschließlich von Wohnraum,“ eingefügt.

Abschnitt 2 – Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2041

Art. 20 – Vorliegender Abschnitt dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union.

Art. 21 – Artikel 2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens wird wie folgt ersetzt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 22 – In Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser

Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 9. November 2000, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 23 – In Artikel 108 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 24 – In Artikel 111 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 25 – In Artikel 111.10 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 31. März 2014, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 26 – Artikel 91 §1 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

2. In Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge „Die Regierung kann“ durch die Wortfolge „Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung“ ersetzt.

Art. 27 – In Artikel 111 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen gemäß dem Königlichen Erlass vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

KAPITEL 5 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 28 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2025 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 6, Artikel 9 und Artikel 11, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Dekrets in Kraft treten.

Freddy CREMER

Stephanie PAUELS

Evelyn JADIN

VOORSTEL VAN PROGRAMMADECREET 2024 (II)

ingediend door de dames en heren
Freddy CREMER, Stephanie PAUELS en Evelyn JADIN

SAMENVATTING

Het programmadecreet bevat wijzigingen op de volgende gebieden:

- Persoonsgebonden aangelegenheden
- Openbare diensten en onderwijs
- Lokale besturen
- Huisvesting
- Diversen

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Algemeine toelichting	3
Algemene toelichting	3
Artikelsgewijze toelichting	3
Voorstel van decreet	7

ALGEMENE TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Samen met het voorstel van programmadecreet 2024 (I) gepubliceerd in document 37 (2024-2025) nr. 1, vervangt dit voorstel van programmadecreet 2024 (II) het vorige voorstel van programmadecreet gepubliceerd in document 29 (2024-2025) nr. 1 en de gerelateerde wijzigingsvoorstellen gepubliceerd in document 29 (2024-2025) nr. 2. Deze opsplitsing is gemaakt om een onderscheid te maken tussen de bepalingen die dringend moeten worden aangenomen voor het einde van het kalenderjaar 2024 (zie dit programmadecreetvoorstel II) en de andere bepalingen (zie document 37 (2024-2025) nr. 1). Indien nodig kan de parlementaire procedure voor de bespreking van en de stemming over de voorstellen dus dienovereenkomstig worden gedifferentieerd. In het kader van deze opsplitsing zijn geen inhoudelijke wijzigingen aangebracht.

Zoals de laatste jaren gebruikelijk is geworden, worden de twee voornoemde voorstellen van programmadecreet via de parlementaire fracties bij het parlement ingediend, in tegenstelling tot het collectieve onderwijsdecreet dat door de regering wordt ingediend.

Aangezien het voorliggende voorstel van programmadecreet bepalingen bevat die betrekking hebben op de verschillende bevoegdheidsdomeinen van de Duitstalige Gemeenschap, wordt ook hier verwezen naar de toelichting bij de afzonderlijke artikelen.

ARTIKELSGEWIJZE TOELICHTING

Artikel 1

Naar aanleiding van de richtsneren van de Europese Commissie over de noodzakelijke Belgische besparingsmaatregelen op het vlak van de overheidsuitgaven, moet ook de Duitstalige Gemeenschap deelnemen aan deze gezamenlijke inspanning van de federale Staat, de Gewesten en de Gemeenschappen van België.

Een van de maatregelen die in deze context nodig zijn om het begrotingsevenwicht te verzekeren, is de opschorting van de indexering van de verzorgingstoelage voor bejaarden voor de jaren 2025 en 2026.

Artikel 2

Artikel 16, ingevoerd bij het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, bepaalt de voorwaarden voor de toekenning van de jaarlijkse bijslag en wordt zo gewijzigd dat de jaarlijkse bijslag voortaan enkel wordt toegekend aan kinderen die ofwel de sociale bijslag ofwel de bijslag voor kinderen met een beperking ontvangen.

De jaarlijkse bijslag is een aanvulling op de kinderbijslag en werd ingevoerd in 2019. De jaarlijkse bijslag heeft tot doel gezinnen te ondersteunen bij het dragen van de bijzondere kosten die ontstaan aan het begin van het schooljaar. De bijslag van 52 euro (geïndexeerd bedrag per 1 juli 2024: 62,55 euro) wordt betaald voor elk kind dat recht heeft op basiskinderbijslag in juli van hetzelfde jaar en dus ook voor kinderen die nog niet of niet meer naar school gaan. Andere schoolbezoekkosten zullen gedekt blijven door de basiskinderbijslag.

De jaarlijkse bijslag zou uit de gezinsbijslagen worden geschrapt voor kinderen die nog geen sociale bijslag of bijslag voor kinderen met een beperking ontvangen. Daarbij rijst logischerwijze de vraag of de zogenaamde 'standstillverplichting' of 'standstill' wordt nageleefd. Artikel 23 van de Grondwet bepaalt dat het de verantwoordelijkheid van elke wetgever is om economische, sociale en culturele rechten te garanderen en de voorwaarden voor de uitoefening ervan te bepalen. De standstillverplichting is bedoeld

om te voorkomen dat de bevoegde autoriteit het door de toepasselijke wetgeving geboden niveau van bescherming van deze rechten aanzienlijk verlaagt zonder dat daar redenen van algemeen belang voor zijn. Zoals uit deze beschrijving blijkt, is de standstillverplichting niet absoluut maar relatief van aard. In afwijking van de regel is het dus toegestaan om wetten, decreten en verordeningen uit te vaardigen die indruisen tegen de reeds gewaarborgde rechten, op voorwaarde dat is voldaan aan een aantal voorwaarden waaruit blijkt dat de maatregel evenredig is.

De hierna volgende overwegingen volgen dus de volgende etappen:

- A) Beoordeling van de ernst van de maatregel: De eerste stap is om te onderzoeken of dit überhaupt een significante achteruitgang is of dat de rechten van de betrokkenen juist op een andere, maar gelijkwaardige manier worden gewaarborgd.
- B) Beoordeling van de evenredigheid: De tweede stap is om te onderzoeken of het schrappen van de jaarlijkse bijslag een evenredige maatregel is. Om dat na te gaan worden volgende stappen gevolgd:
 - 1. Legitiem doel: Eerst moet worden nagegaan of de maatregel een legitiem doel dient. Dat betekent dat het doel wettelijk erkend en van algemeen belang moet zijn.
 - 2. Geschikt: Er wordt onderzocht of de maatregel geschikt is om het gewenste doel te bereiken. De maatregel moet dus daadwerkelijk tot de verwezenlijking van het doel kunnen bijdragen.
 - 3. Noodzakelijk: Hier wordt onderzocht of de maatregel noodzakelijk is om het doel te bereiken. Er mag geen minder drastische maatregel bestaan waarmee hetzelfde doel net zo effectief kan worden bereikt.
 - 4. Niet-overmatig: Tot slot wordt beoordeeld of de maatregel niet overmatig is. Daarbij wordt afgewogen of de voordelen van de maatregel opwegen tegen de nadelen. Er moet een evenredige verhouding tussen het doel en de gebruikte middelen bestaan.

A) Beoordeling van de ernst van de maatregel

Aangezien de jaarlijkse bijslag bedoeld is om de kosten aan het begin van het schooljaar te helpen dekken, treft de gedeeltelijke schrapping van die bijslag in de eerste plaats gezinnen met schoolgaande kinderen. De schrapping van die bijslag moet echter in een meer algemene context worden gezien, die de gevolgen van de schrapping weliswaar niet neutraliseert, maar in ieder geval grotendeels verzacht.

Door het decreet van 26 juni 2023 houdende maatregelen inzake onderwijs heeft het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, met ingang van het schooljaar 2023-2024, de schoolkosten voor de ouders aanzienlijk verlaagd. Sindsdien mogen de scholen geen geld meer vragen aan de ouders voor de kosten vermeld in artikel 32, § 4, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen. Als tegenprestatie krijgen de gewone en gespecialiseerde scholen met toepassing van artikel 4, § 1, derde lid, van het decreet van 16 december 2002 betreffende de toekenning van financiële middelen voor pedagogische doeleinden in het onderwijs aanvullende middelen per leerling ten belope van 25 euro (kleuterschool) of 100 euro (lagere en middelbare school). Dat in het decreet vastgelegde/verankerde basisbedrag wordt geïndexeerd met toepassing van de bepalingen van het voormelde artikel 4. Bijgevolg bedraagt de toelage in september 2024 voor elk kind of elke leerling 32,03 euro (kleuterschool), 128,11 euro (lagere school) en 128,11 euro (middelbare school). Er kan van worden uitgegaan dat, als gevolg van de hierboven beschreven decretale wijziging in het onderwijs, de gezinnen zullen worden ontlast door bedragen van die omvang.

Ook de bijdrage van de ouders in de kosten voor de opvang van baby's en peuters en voor de buitenschoolse opvang is sinds 1 januari 2024 aanzienlijk verlaagd door het besluit van de Regering van 14 december 2023 tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders. De opvang van baby's en peuters werd gratis voor ouders met een gezinsinkomen van minder dan 40.000 euro; voor ouders uit hogere inkomensgroepen stijgt het bedrag trapsgewijs. In de buitenschoolse opvang is het eerste uur opvang per dag gratis, voor elk extra uur betalen ouders één euro (geïndexeerd per 1 juli 2024: 1,04 euro).

Deze twee maatregelen van vorig jaar betekenen een directe geldelijke verlichting voor ouders, die aanzienlijk hoger ligt dan het bedrag dat in de toekomst niet meer rechtstreeks aan ouders zal worden uitbetaald als gevolg van de schrapping van de jaarlijkse bijslag. Het schrappen van de jaarlijkse bijslag gaat dus niet gepaard met extra kosten van de ouders voor het schoolbezoek van hun kinderen.

Daarom moet worden opgemerkt dat zowel ouders die gebruikmaken van de buitenschoolse opvang of de opvang van baby's en peuters, als ouders met leerplichtige kinderen dermate ontlast worden dat het schrappen van de jaarlijkse bijslag als gecompenseerd kan worden beschouwd. Daarom kan worden aangenomen dat er geen achteruitgang zal zijn ten opzichte van het huidige beschermingsniveau. Als in individuele gevallen toch een achteruitgang wordt vastgesteld, moet die volgens de stellers van het voorontwerp als niet-aanzienlijk worden beschouwd. Voor precare gezinnen, d.w.z. gezinnen die recht hebben op de sociale bijslag, en gezinnen die door de beperking van hun kind hogere uitgaven hebben, wordt de jaarlijkse bijslag helemaal niet geschrapt.

Niettemin vereist de nieuwe jurisprudentie van het Grondwettelijk Hof (Grondwettelijk Hof, 27 april 2023, nr. 69/2023) dat de maatregel wordt onderworpen aan een evenredigheidstoets, zelfs in het geval van een vermeend niet-aanzienlijke achteruitgang.

B) Beoordeling van de evenredigheid

De bijslag wordt geschrapt naar aanleiding van de essentiële inspanningen van de Duitstalige Gemeenschap om de noodzakelijke financiële draagkracht van haar begroting, en in het bijzonder van de verschillende sociale uitkeringen, op lange termijn veilig te stellen en om te voldoen aan de Europese en federale vereisten voor de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap. Als uiting van intergenerationele solidariteit moeten hier op alle gebieden voldoende inspanningen worden geleverd. De stabilisering van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap om haar financiële houdbaarheid veilig te stellen, is een legitieme doelstelling (Grondwettelijk Hof, 20 juli 2023, nr. 112/2023, B.11.2.2).

Voor de jaarlijkse bijslag 2024, die op 8 augustus 2024 samen met de kinderbijslag voor de maand juli werd uitbetaald, werd ongeveer 940.000 euro besteed. Dat bedrag vertegenwoordigt dus ongeveer 2% van de jaarlijkse uitbetalingen van de gezinsbijslagen. Voor de maand augustus 2024 hadden 3.290 kinderen recht op een sociale bijslag. Op dat tijdstip hadden 412 kinderen recht op een bijslag voor kinderen met een beperking. Daarvan hadden 251 kinderen tegelijk recht op de sociale bijslag en op de bijslag voor kinderen met een beperking, zodat in totaal 3.451 kinderen ten minste een van de twee bijslagen ontvangen en door dit voorstel een jaarlijkse bijslag zullen blijven ontvangen. Dat komt neer op een toekomstig bedrag van ongeveer 216.000 euro of een terugkerende besparing van ongeveer 724.000 euro.

Deze maatregel, waarbij de jaarlijkse bijslag recurrent wordt geschrapt, is geschikt om bij te dragen tot de stabilisatie van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap op lange termijn en om de houdbaarheid ervan te verzekeren, in het bijzonder wat de sociale uitkeringen op lange termijn betreft, door de uitgaven voor alle begunstigden van de basiskinderbijslag in gelijke mate te verminderen. Een kind ontvangt momenteel 2.329,23 euro per jaar als basiskinderbijslag (188,89 euro per maand en een eenmalige jaarlijkse bijslag van 62,55 euro). De jaarlijkse bijslag vertegenwoordigt dus 2,69% van de kinderbijslag voor dat kind, afgerond naar boven. Aangezien de andere (deels cumulatieve) bijslagen die verankerd zijn in het decreet – namelijk de bijslag voor grote gezinnen, de sociale bijslag, de bijslag voor kinderen met een beperking, de wezenbijslag voor volledige wezen en de wezenbijslag voor halfwezen – behouden blijven, heeft het schrappen van de jaarlijkse bijslag geen al te grote impact op de globaal verworven kinderbijslag van deze kinderen, zodat de tweede intentie van de decreetgever uit 2018, namelijk kinderarmoede bestrijden, nog steeds overeind blijft.

De laagste van de hierboven vermelde maandelijkse bijslagen, de sociale bijslag, bedraagt maandelijks 90,21 euro. Gezinnen met een kind dat recht heeft op de sociale bijslag ontvangen momenteel 3.411,75 euro per jaar (basiskinderbijslag, jaarlijkse bijslag en sociale bijslag) voor dat kind. Voor die gezinnen, die recht hebben op de sociale bijslag, vertegenwoordigt de jaarlijkse bijslag nog slechts 1,83% van de kinderbijslag voor dat kind. Aangezien die gezinnen niet zullen worden getroffen door de schrapping van de jaarlijkse bijslag, zal het hierboven vermelde bedrag niet veranderen en zullen die gezinnen geen

last hebben van die maatregel. Met betrekking tot de maandelijkse bijslagen voor kinderen met een beperking geldt die overweging nog des te meer, aangezien die in sommige gevallen aanzienlijk hoger zijn (categorie 1: 102,25 euro; categorie 2: 134,73 euro; categorie 3: 315,16 euro; categorie 4: 519,67 euro; categorie 5: 590,66 euro; categorie 6: 632,75 euro; categorie 7: 674,86 euro). Als men vergelijkt welk percentage de verschillende bijslagen uitmaken ten opzichte van de volledige kinderbijslag, dan is het duidelijk dat de jaarlijkse bijslag zeer weinig gewicht heeft - en als gevolg daarvan zal, relatief gezien, het schrappen van die bijslag ook minder zwaar wegen dan het schrappen van andere bijslagen zou hebben.

Samengevat: Het schrappen is een van de vele maatregelen die nodig zijn om de begroting van de Duitstalige Gemeenschap te stabiliseren. Minder drastische maatregelen zijn niet herkenbaar. Integendeel, dit decreet levert onder meer verregaande budgettaire inspanningen die noodzakelijk zijn om te voldoen aan de Europese en federale vereisten en die alle bevoegdheidsdomeinen van de Duitstalige Gemeenschap raken. De gezinsbijslagen leveren hun noodzakelijke bijdrage aan die inspanningen. Door de besparingslast over de verschillende bevoegdheidsdomeinen te spreiden, wordt het gewicht van elke maatregel gemilderd en zo klein mogelijk gehouden.

Tot slot kan uit het voorgaande worden afgeleid dat het schrappen van de jaarlijkse bijslag evenredig is met het gewenste doel, namelijk de financiële houdbaarheid van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap veiligstellen. Het is een maatregel die al van tevoren door andere maatregelen werd gecompenseerd (zie punt A). Bovendien heeft de maatregel geen invloed op bevolkingsgroepen die een armoederisico lopen. Daardoor wordt de houdbaarheid van de begroting op lange termijn mogelijk gemaakt en dus ook de onbeperkte toekenning van de andere uitkeringen uit het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen. Het knippen in de uitkeringen als gevolg van de schrapping van de jaarlijkse bijslag wordt beschouwd als vrij gematigd en dus als niet-overmatig ten aanzien van de hierboven beschreven doelstelling.

Artikel 3

Als gevolg van de richtsnoeren van de Europese Commissie over de noodzakelijke Belgische besparingsmaatregelen op de overheidsuitgaven, dient ook de Duitstalige Gemeenschap deel te nemen aan deze gezamenlijke inspanning van de federale staat, de gewesten en de gemeenschappen van België.

Een van de maatregelen die in deze context nodig zijn om het begrotingsevenwicht te verzekeren, is de schorsing van de indexering van de gezinsbijslagen voor de jaren 2025 en 2026.

Artikel 28

Dit artikel bepaalt de inwerkingtreding van de verschillende bepalingen.

Voorstel van programmadecreet – 2024 (II)

HOOFDSTUK 1 – PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1 – Ouderen

Artikel 1 – In artikel 12 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het enige lid, dat het eerste lid wordt, worden de woorden "De Regering bepaalt" vervangen door de woorden "Met behoud van de toepassing van het tweede lid bepaalt de Regering";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In de jaren 2025 en 2026 worden de uitkeringen niet geïndexeerd."

Afdeling 2 - Gezin

Art. 2 – In artikel 16 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de woorden "de basiskinderbijslag" vervangen door de woorden "de sociale bijslag of de bijslag voor kinderen met een beperking."

Art. 3 – In hoofdstuk 9, afdeling 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 11 december 2018 en 15 december 2021, wordt een artikel 117.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 117.3 – Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 38 worden de gezinsbijslagen niet aangepast in de jaren 2025 en 2026."

(...)

HOOFDSTUK 5 – SLOTBEPALINGEN

Art. 28 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2025, met uitzondering van de artikelen 6, 9 en 11, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen.

Freddy CREMER

Stephanie PAUELS

Evelyn JADIN

PROPOSITION DE DÉCRET-PROGRAMME 2024 (II)

déposée par Mmes et MM.
Freddy CREMER, Stéphanie PAUELS et Evelyn JADIN.

Sommaire

Le décret-programme comporte des amendements dans les domaines suivants :

- Affaires personnalisables
- Secteur public et enseignement
- Pouvoirs locaux
- Logement
- Divers

Table des matières

	Page
Exposé des motifs	3
Commentaire général.....	3
Commentaire des articles.....	3
Proposition de décret	11

EXPOSÉ DES MOTIFS

COMMENTAIRE GENERAL

Avec le projet de décret-programme 2024 (I) publié dans le document 37 (2024-2025) n°1, le présent projet de décret-programme 2024 (II) remplace l'ancien projet de décret-programme publié dans le document 29 (2024-2025) n°1 ainsi que les propositions d'amendements y relatives publiées dans le document 29 (2024-2025) n°2. Ce découpage a été effectué afin de pouvoir distinguer les dispositions qui doivent être adoptées en urgence avant la fin de l'année civile 2024 (voir la présente proposition de décret-programme II) des autres dispositions (voir le document 37 (2024-2025) n°1). Si nécessaire, la procédure parlementaire de discussion et de vote des propositions pourra ainsi être différenciée en conséquence. Aucune adaptation de fond n'a été effectuée dans le cadre de cette scission.

Comme cela est devenu une pratique courante ces dernières années, les deux propositions de décret-programme susmentionnées sont déposées au Parlement par l'intermédiaire des parlementaires, contrairement au décret collectif dans le domaine de l'enseignement, qui est déposé par le gouvernement.

Comme la présente proposition de décret-programme contient des dispositions dans les différents domaines de compétence de la Communauté germanophone, il est par ailleurs renvoyé au commentaire des différents articles.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

(...)

Article 4

Il est proposé, afin de respecter strictement la discipline budgétaire et dans le contexte des efforts d'économie nécessaires suite à la procédure de déficit excessif engagée par la Commission européenne à l'encontre de la Belgique, de suspendre le paiement de la partie variable de la prime de fin d'année pour tous les membres du personnel du secteur public et de l'enseignement à partir de l'année 2025, afin d'obtenir une contribution nécessaire à la réduction des frais de personnel récurrents.

Article 5

Cette disposition introduit un nouvel article 2.1 dans le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté qui oblige le Gouvernement à évaluer à l'avenir l'impact et l'applicabilité de ce même décret dans le cadre d'un contrôle continu qui s'étend à chaque fois sur une période de sept ans. Il appartiendra au Gouvernement de rédiger un rapport à cet effet, qui devra être présenté au Parlement, accompagné d'éventuelles propositions d'adaptation pour la période suivante de sept ans.

Article 6

Cette disposition adapte le montant de la dotation communale pour la période 2024-2031. La modification doit être lue en parallèle avec le nouvel article 34.2. La modification est également liée à la modification du montant de la dotation de voirie et de la dotation d'aide sociale.

Les trois mesures suivantes interviendront simultanément :

1. augmentation de la dotation communale, de la dotation de voirie et de la dotation d'aide sociale en 2024. Diminution de la dotation communale, de la dotation de voirie et de la dotation d'aide sociale les années suivantes, de 2025 à 2031.
2. adaptation du rapport entre la dotation communale et la dotation d'aide sociale à la proportion 85/15 à partir de l'exercice 2025.
3. création d'une dotation annuelle d'entretien affectée, destinée à financer, pour les exercices 2025 à 2031, les travaux d'entretien des biens mobiliers et immobiliers communaux. Cette dotation d'entretien s'élève à 3.000.000 euros et est prélevée sur le montant de la dotation communale.

Composition des dotations

Pour l'exercice 2024, le montant de la dotation communale, de la dotation de voirie et de la dotation d'aide sociale est substantiellement augmenté, tandis que ce montant est diminué pour les exercices 2025 à 2031. Les différents montants se décomposent comme suit.

a) *Dotation communale*: en 2024, un versement unique de cette dotation sera effectué ; il se limitera à 50% d'un montant total déterminé. Les 50% restants continueront à être versés sous la forme d'une dotation annuelle. Le montant total se compose de :

- du montant fixé pour l'exercice 2024 sur base des dispositions antérieures du décret du 15 décembre 2008 (une fois pour couvrir l'année 2024) ;

- d'un montant déterminé en additionnant la dotation communale et la dotation d'aide sociale de l'exercice 2024 et en les redistribuant ensuite sur la base du prorata 85/15. Ce montant ajusté 2024 de la dotation communale (i.e. 25.656.269,50 euros) est additionné pour sept ans. Le montant du versement unique de la dotation communale (qui, comme mentionné, est versé à 50%) s'élèvera donc à 117.235.771,47 euros.

- Un montant de 3.000.000 euros sera en outre déduit des 50% restants mentionnés de ce montant total, qui continueront à être versés annuellement (c'est-à-dire 12.828.134,75 euros par an). Ce montant sera en effet affecté à la dotation annuelle d'entretien nouvellement créée. Ainsi, le montant annuel de la dotation communale pour les exercices 2025-2031 sera exactement de 9.828.134,75 euros.

Pour l'exercice 2032, le montant 2024 de la dotation communale adapté au nouveau prorata (c'est-à-dire 25.656.269,50 euros) sera pris comme nouvelle base et adapté au taux d'évolution de l'année 2032. A partir de l'exercice 2033, ce montant fixé pour l'exercice 2032 sera à nouveau adapté chaque année au taux d'évolution.

Formule de calcul pour 2024-2031 :

*D'une part, 100% du montant 2024 + 50% de [montant ajusté 2024 * 7].*

*D'autre part (à partir de 2025) 50% de [montant ajusté 2024 * 7] ; résultat / 7 (car versé annuellement) - 3.000.000*

b) *Dotation des voiries* : en 2024, la dotation des voiries est portée à 24.000.000 euros. Au cours des années suivantes, la dotation aux chemins est supprimée. A partir de l'exercice 2032, la dotation des voiries sera de 3.000.000 euros par an.

Formule de calcul pour 2024-2031 :

*Pour 2024 : 100% du montant 2024 + [montant 2024 * 7].*

Pour 2025-2031 : 0

c) *Dotation d'aide sociale*: En 2024, un versement unique à 100% est également effectué. Le montant se compose de :

- du montant fixé pour l'exercice 2024 sur base des dispositions antérieures du décret du 15 décembre 2008 (une fois pour couvrir l'année 2024) ;

- d'un montant déterminé en additionnant la dotation communale et la dotation d'aide sociale de l'exercice 2024 et en les redistribuant ensuite sur la base du prorata 85/15. Ce montant ajusté 2024 de la dotation d'aide sociale (i.e. 4.527.576,97 euros) est additionné pour sept ans. Le montant du versement unique de la dotation d'aide sociale s'élèvera donc à 34.559.776,03 euros.

Pour l'exercice 2032, le montant 2024 de la dotation d'aide sociale, adapté au nouveau prorata (soit 4.527.576,97 euros), est pris comme nouvelle base et adapté au taux d'évolution de l'année 2032. A partir de l'exercice 2033, ce montant fixé pour l'exercice 2032 sera à nouveau adapté chaque année au taux d'évolution.

Formule de calcul pour 2024-2031 :

*Pour 2024 : 100% du montant 2024 + [montant ajusté 2024 * 7].*

Pour 2025-2031 : 0

Remarque : Par taux d'évolution, il faut entendre l'adaptation des montants des dotations mentionnée à l'article 3, §2, du décret du 15 décembre 2008 (i.e. évolution de l'inflation + 1%).

Articles 7 et 8

Ces articles modifient différents paramètres pour le calcul de la part que chaque commune perçoit de la dotation communale.

D'une part, le calcul de compensation des recettes de la taxe additionnelle sur les revenus sera pondéré à 50% à partir de 2025, alors qu'il était pondéré à 100% jusqu'à présent. Parallèlement, un calcul de compensation des recettes des centimes additionnels immobiliers sera introduit, également pondéré à 50%. Pour calculer la compensation des communes dont le potentiel de recettes est inférieur à la moyenne, on n'appliquera plus à partir de 2025 le taux moyen des centimes additionnels de toutes les communes, mais le taux de la commune concernée.

Le mécanisme peut être résumé comme suit à l'aide d'un exemple fictif :

	Gemeinde A	Gemeinde B	Total	
Einwohner (am 1. Januar)	10.000	20.000	30.000	(Ø Durchschnittswert der letzten 6 Jahre)
Zuschlagsteuer Immobilien	2.500.000 €	9.000.000 €	11.500.000 €	(Ø Durchschnittseinnahmen der letzten 6 Jahre)
Zuschlagsteuersatz Immobilien	2.000	3.000	2.666,67	(Ø Durchschnittssteuersatz der letzten 6 Jahre)
Ø € pro 100 pro Einwohner	12,50 €	15,00 €	14,38 €	(Ø Durchschnittswert der letzten 6 Jahre)
Kompensationsbetrag	375.000,00 €	0,00 €	375.000,00 €	Kompensationsbetrag

→ $375.000 \text{ €} = (15 \text{ €} - 12,50 \text{ €}) \times 10.000 \text{ Einwohner} \times 2.000 / 100$
(wenn Ertragswert der Gemeinde < Durchschnittsertrag aller Gemeinden)

Pour la dotation de dépenses, la pondération du nombre d'habitants passe de 45% à 50% et le paramètre des emplois par commune est réduit de 20% à 15%.

Article 9

Voir le commentaire sur l'adaptation de la dotation par commune.

Article 10

Cet article supprime la dotation introduite en 2022 pour lutter contre les conséquences des inondations catastrophiques pour la ville d'Eupen à hauteur de 500.000 euros par an.

Article 11

Voir le commentaire sur l'adaptation de la dotation communale.

Article 12

Cette disposition introduit dans le même décret, pour la période de 2025 à 2031, un cinquième type de dotation qui contribuera au financement des autorités subordonnées, à côté de la dotation communale, de la dotation des voiries, des dotations pour l'encouragement de base et de la dotation d'aide sociale. Cette nouvelle dotation d'entretien est affectée et sera destinée à financer les travaux d'entretien des biens immobiliers communaux.

Le montant de la dotation d'entretien sera de 3.000.000 euros par an. Il s'agit d'un montant qui sera prélevé sur la dotation communale pendant la période précitée de 2025 à 2031 (voir nouvel article 34.3) pour être utilisé à des fins spécifiques.

Article 13

L'article 14, §2 du Code de l'habitation durable - qui prévoit l'octroi d'une aide au déménagement ou à la location pour certains ménages - est abrogé, étant donné que les bénéficiaires de cette aide bénéficient déjà d'autres mesures d'allègement et que la suppression de cette aide doit donc être expliquée comme une mesure d'allègement pour le budget de la Communauté germanophone. En outre, des subventions multiples ne se justifient pas en période d'économies. En cas de situation sociale, familiale et financière difficile, des aides peuvent être demandées auprès des centres publics d'aide sociale. La disposition d'exécution correspondante, à savoir l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 janvier 1999 relatif à l'octroi d'allocations de déménagement, de loyer et d'installation, sera abrogée par un Arrêté du Gouvernement distinct.

Avec la suppression des différentes allocations de loyer, se pose logiquement la question du respect de ce que l'on appelle l'obligation de « standstill ». L'article 23 de la Constitution prévoit qu'il appartient à chaque législateur de garantir les droits économiques, sociaux et culturels et d'en déterminer les conditions d'exercice, dont le « droit à un logement suffisant ». L'obligation de standstill vise à éviter que l'autorité compétente ne réduise de manière significative le niveau de protection de ces droits offert par la législation applicable, sans que cela ne soit justifié par des motifs d'intérêt général. Comme il ressort de cette description, l'obligation de standstill n'est pas, par nature, absolue, mais relative. Par dérogation à la règle, il est donc permis d'adopter des lois, décrets et règlements à l'encontre des droits déjà garantis, pour autant qu'un certain nombre de conditions soient remplies, qui permettent de conclure que la mesure est proportionnée.

Il n'existe actuellement aucune jurisprudence de la Cour constitutionnelle qui confirmerait avec certitude que les aides au loyer accordées en vertu du Code de l'habitation durable doivent être considérées comme faisant partie intégrante du « droit à un logement adéquat » au sens de l'article 23 de la Constitution. Néanmoins, à titre conservatoire et sous toutes réserves, il convient d'examiner la recevabilité de la suppression des différentes aides au loyer sous cet angle.

Les réflexions suivantes suivent donc les étapes suivantes :

A) Evaluation de la gravité de la mesure : dans une première étape, il convient d'examiner s'il s'agit en fait d'un recul important ou si, au contraire, les droits des personnes concernées sont préservés d'une manière différente mais équivalente.

B) Évaluation de la proportionnalité : la deuxième étape consiste à vérifier si la suppression des différentes aides est une mesure proportionnée. Pour ce faire, on procède à un examen qui comprend lui-même les étapes suivantes :

1. objectif légitime : il convient tout d'abord de vérifier si la mesure poursuit un objectif légitime. Cela signifie que l'objectif doit être légalement reconnu et d'intérêt public.

2) Aptitude : il s'agit d'examiner si la mesure est apte à atteindre l'objectif visé. La mesure doit donc pouvoir effectivement contribuer à la réalisation de l'objectif.

3) Nécessité : il s'agit de déterminer si la mesure est nécessaire pour atteindre l'objectif. Il ne doit

pas exister de mesure moins contraignante qui permettrait d'atteindre le même objectif de manière tout aussi efficace.

4) Adéquation : enfin, l'adéquation de la mesure est évaluée. Il s'agit de déterminer si les avantages de la mesure l'emportent sur ses inconvénients. Il doit y avoir un rapport raisonnable entre l'objectif et les moyens mis en œuvre.

A) Évaluation de la gravité de la mesure

La suppression des aides au loyer doit être lue dans un contexte plus global qui, s'il ne neutralise pas les effets de la suppression, les atténue au moins en grande partie. Néanmoins, la jurisprudence la plus récente de la Cour constitutionnelle (C.Const., 27 avril 2023, n° 69/2023) impose de soumettre la mesure à un contrôle de proportionnalité, même en cas de reculs prétendument non significatifs.

B) Évaluation de la proportionnalité

La suppression des aides au loyer intervient dans le contexte des efforts essentiels déployés par la Communauté germanophone pour garantir à long terme la nécessaire viabilité financière de son budget, et notamment des différentes aides, et pour respecter les exigences européennes et fédérales en matière de budget de dépenses de la Communauté germanophone. En tant qu'expression de la solidarité intergénérationnelle, des efforts suffisants doivent être consentis à cet égard dans tous les domaines. La stabilisation du budget de la Communauté germanophone afin de garantir sa viabilité financière constitue un objectif légitime (C.Const., 20 juillet 2023, B.11.2.2).

Cette mesure de suppression récurrente des différentes aides est de nature à contribuer à la stabilisation à long terme du budget de la Communauté germanophone et à garantir sa viabilité, notamment en ce qui concerne l'octroi à long terme de différentes mesures, comme par exemple la mise à disposition de logements sociaux.

En résumé: La suppression est une mesure nécessaire parmi d'autres pour stabiliser le budget de la Communauté germanophone. Des mesures moins radicales ne sont pas visibles. Au contraire, de nombreux autres efforts budgétaires d'envergure sont entrepris, notamment par le biais de la présente proposition de décret, qui sont nécessaires pour répondre aux exigences européennes et fédérales et qui concernent tous les domaines de compétence de la Communauté germanophone. Le secteur des aides au logement prend sa part nécessaire dans ces efforts. La répartition de la charge des économies entre les différents domaines de compétence permet d'atténuer le poids de chaque mesure et de la limiter au strict nécessaire.

Enfin, on peut déduire de ce qui précède que la suppression des différentes aides est proportionnelle à l'objectif poursuivi, à savoir assurer la viabilité financière du budget de la Communauté germanophone. Cela permet d'assurer la viabilité à long terme du budget. Les réductions résultant de la suppression de différentes aides doivent être considérées comme plutôt modérées et donc proportionnelles à l'objectif décrit ici.

De plus, les bénéficiaires de ces aides - en particulier les ménages à faibles revenus - bénéficient déjà d'autres mesures d'allègement, telles que les prestations familiales, composées d'une allocation de base pour enfants et d'un supplément pour les familles nombreuses, ainsi que d'un supplément social. En outre, les familles en Communauté germanophone sont soulagées par une réduction des frais de scolarisation, des repas de midi bon marché dans les écoles, des cotisations réduites pour le sport et les loisirs ou la diminution des cotisations parentales dans les structures d'accueil des enfants, jusqu'à la gratuité en dessous du revenu médian et une heure d'accueil extrascolaire gratuite par jour. Les déductions sur les loyers déjà réduits ne sont pas liées au loyer et n'atteignent donc pas leur objectif, car elles ne sont pas affectées. Il convient de noter que les loyers ont déjà été conçus de manière socialement responsable. Dans le contexte des mesures d'économie nécessaires, des

subventions multiples ne se justifient pas. En cas de difficultés sociales, familiales et financières, les citoyens peuvent obtenir toute forme d'aide nécessaire auprès des centres publics d'aide sociale. L'aide au loyer en fait partie. Cette mesure a également pour effet d'encourager les locataires à générer leurs propres revenus.

Enfin, il convient de noter qu'en vue d'une application proportionnelle de la mesure, la suppression des aides au loyer ne s'appliquera qu'aux cas d'application futurs. Une disposition transitoire est prévue pour les ménages qui bénéficient déjà d'une allocation de loyer au 31 décembre 2024.

Article 14

L'article 29, §4, numéro 4, du Code de l'habitation durable - qui prévoit l'octroi d'aides sous forme de supplément de loyer pour les logements gérés ou loués par des personnes morales autres que des sociétés de logement de service public - est abrogé, étant donné que les bénéficiaires de cette aide bénéficient déjà d'autres mesures d'allègement et que la suppression de cette aide doit donc être expliquée comme une mesure d'allègement pour le budget de la Communauté germanophone. En outre, des subventions multiples ne se justifient pas en période d'économies. En cas de situation sociale, familiale et financière difficile, des aides peuvent être demandées auprès des centres publics d'aide sociale. L'arrêté d'exécution correspondant, à savoir l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 juin 2013 déterminant les conditions d'intervention de la Région dans le loyer des logements pris en gestion ou loués par une agence immobilière sociale ou par une association de promotion du logement, sera abrogé par un Arrêté du Gouvernement distinct.

Article 15

L'article 59ter du Code de l'habitation durable - qui prévoit l'octroi d'une aide sous forme de supplément de loyer pour les logements gérés ou loués par des sociétés de logement de service public - est abrogé, étant donné que les bénéficiaires de cette aide bénéficient déjà d'autres mesures d'allègement et que la suppression de cette aide doit donc être expliquée comme une mesure d'allègement pour le budget de la Communauté germanophone. En outre, des subventions multiples ne se justifient pas en période d'économies. En cas de situation sociale, familiale et financière difficile, des aides peuvent être demandées auprès des centres publics d'aide sociale. L'arrêté d'exécution correspondant, à savoir l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 juin 2013 déterminant les conditions d'intervention de la Région dans le loyer des logements pris en gestion ou loués par une société de logement de service public, sera abrogé par un arrêté du Gouvernement distinct.

Article 16

Les autres références à l'article 59ter à abroger sont également abrogées à l'article 62 du même code.

Article 17

Il est prévu une disposition transitoire pour les ménages qui, en exécution de l'article 14, §2, du Code de l'habitation durable et conformément aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 janvier 1999 relatif à l'octroi d'allocations de déménagement, de loyer et d'installation, bénéficient déjà d'une indemnité de loyer au 31 décembre 2024. Tant que les conditions fixées par l'arrêté précité sont remplies, l'allocation de loyer peut être perçue selon les modalités correspondantes. La suppression ne s'applique donc qu'aux nouveaux demandeurs. Toutefois, le versement sera interrompu au plus tard le 31 décembre 2026.

Une procédure similaire sera suivie pour les allocations de loyer versées via une subvention aux agences de logement social. Là aussi, la subvention ne sera plus accordée qu'aux locataires actuels,

tant que les conditions fixées dans l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 juin 2013 déterminant les conditions d'intervention de la Région dans le loyer des logements pris en gestion ou loués par une agence immobilière sociale ou par une association de promotion du logement sont remplies. La suppression ne s'applique donc qu'aux nouveaux locataires dans les agences. Toutefois, le versement sera interrompu au plus tard le 31 décembre 2026.

Article 18

L'article 14 §2 du code de l'habitation durable étant abrogé par le présent décret, il n'y a pas lieu de procéder à la modification prévue au numéro 1 de l'article 6 du décret du 6 mai 2024 modifiant le code de l'habitation durable et le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, qui n'est pas encore entré en vigueur.

Article 19

Cette adaptation du décret du 19 mars 2012 relatif à la lutte contre certaines formes de discrimination vise à compléter la transposition de la directive 2000/43/CE du Conseil du 29 juin 2000 relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre les personnes sans distinction de race ou d'origine ethnique. En effet, l'auditorat du Conseil d'État a récemment signalé un vide juridique potentiel : Étant donné qu'en 2012, la Communauté germanophone n'était pas encore compétente en matière de logement, il a semblé judicieux de ne pas faire référence au logement lors de la transposition de l'article 3 (1) de la directive précitée. Toutefois, au 1er janvier 2020, la Communauté germanophone a pris en charge l'exercice de cette compétence, de sorte qu'un ajout correspondant est nécessaire.

Articles 20 à 27

Cette section vise à transposer partiellement la directive (UE) 2022/2041 du Parlement européen et du Conseil du 19 octobre 2022 relative à des salaires minimaux adéquats dans l'Union européenne.

Le principe du paiement d'un revenu minimum garanti dans le secteur public est fixé par l'article 5 de l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. En vue d'une transposition conforme de la directive précitée, le gouvernement fédéral a apporté quelques compléments par un arrêté royal du 10 juillet 2024. La réglementation des relations collectives de travail dans le secteur public reste une compétence fédérale en vertu de l'article 87, §5, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

Néanmoins, dans un avis n° 65.425/VR du 28 mars 2019, le Conseil d'État a constaté que, depuis l'entrée en vigueur de la sixième réforme de l'État, les Communautés et les Régions sont également compétentes pour fixer le revenu minimum dans leurs domaines de compétence.

Afin d'assurer la sécurité juridique à cet égard, la présente section vise à insérer des références correspondantes à l'arrêté royal précité du 3 juillet 2005 dans les bases légales applicables au personnel de l'enseignement et des communes de la région de langue allemande. Une modification de la loi de base des CPAS n'est pas nécessaire puisque celle-ci prévoit toujours que le personnel des CPAS est soumis au même statut administratif et salarial que le personnel de la commune où se trouve le siège du CPAS (article 42 alinéa 5 de la loi de base du 8 juillet 1976 relative aux centres publics d'aide sociale).

L'adaptation correspondante des statuts du personnel du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes d'intérêt public (y compris le Centre belge de radio et de télévision de la Communauté germanophone) se fait exclusivement par arrêté gouvernemental en raison de la

séparation des pouvoirs applicable dans ce contexte.

Article 28

Cet article fixe l'entrée en vigueur des différentes dispositions.

PROPOSITION DE DÉCRET-PROGRAMME 2024

(...)

CHAPITRE 2 – SERVICES PUBLICS ET ENSEIGNEMENT

Art. 4 - Dans l'arrêté royal du 23 octobre 1979 accordant une allocation de fin d'année à certains titulaires d'une fonction rémunérée à charge du Trésor public, modifié par le décret du 22 juin 2020, l'article 10.1 suivant est inséré :

« Art. 10.1 - Par dérogation aux articles 4 et 5, à partir du 1er janvier 2025, la prime de fin d'année se compose exclusivement de la partie forfaitaire visée à l'article 5, §2, numéro 1. »

CHAPITRE 3 - MATIÈRES RÉGIONALES TRANSFÉRÉES

Section 1^{ère} – Pouvoirs locaux

Art. 5 – Dans le chapitre I^{er} du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, il est inséré un article 2.1 rédigé comme suit :

« Art. 2.1 - *Contrôle continu*

Le Gouvernement évalue les effets et l'applicabilité du présent décret dans le cadre d'un contrôle continu qui s'étend chaque fois sur une période de sept ans et qui se base sur les enseignements tirés au cours de cette période. Le Gouvernement établit un rapport correspondant qu'il présente au Parlement avant la fin de la période de sept ans en cours, accompagné d'éventuelles propositions d'adaptation pour la période de sept ans suivante. Le premier rapport sera déposé en 2031. »

Art. 6 – Dans l'article 3, § 1er, du même décret, remplacé par le décret du 19 avril 2010 et modifié par le décret du 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, les mots « A partir de l'année budgétaire 2011 » sont remplacés par les mots « Pour les années budgétaires 2011 à 2023 »;

2° quatre alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 3 et 4, qui devient l'alinéa 8 :

« Pour l'année budgétaire 2024, la dotation communale est de 117 235 771,47 euros.

Pour les années budgétaires 2025 à 2031, la dotation communale est à chaque fois de 9 828 134,75 euros.

Pour l'année budgétaire 2032, la dotation communale est calculée comme suit : un montant de 25 656 269,50 euros est adapté au taux d'évolution de l'année 2032.

À partir de l'année budgétaire 2033, le montant fixé pour l'année budgétaire 2032 est adapté chaque année au taux d'évolution. »

Art. 7 – À l'article 4 du même décret, modifié par le décret du 2 mars 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Sur la base des recettes communales annuelles provenant de l'impôt additionnel sur le revenu des personnes physiques, le produit par habitant d'un centime additionnel sera calculé pour chaque commune. Les recettes encaissées par les communes en vertu de la décision du Comité de ministres

de l'Union économique belgo-luxembourgeoise modifiant la décision du 24 octobre 1975 concernant l'application de l'article 8 de la Convention coordonnée instituant l'Union économique belgo-luxembourgeoise, signée à Bruxelles le 14 décembre 2001, sont assimilées aux recettes annuelles visées provenant de l'impôt additionnel sur les revenus des personnes physiques. À partir de là, le produit moyen par habitant des communes de la région de langue allemande sera calculé. Si, pour une commune, le produit par habitant d'un centime additionnel est inférieur à ce produit moyen, une compensation sera calculée à partir de la différence entre ces deux valeurs, multipliée par le nombre moyen d'habitants de la commune et le taux moyen de l'impôt additionnel de la commune. Chaque année, le taux de l'impôt additionnel est pondéré par le nombre d'habitants correspondant. Enfin, les valeurs de compensation calculées sont multipliées par 50 %.

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Sur la base des recettes communales annuelles provenant de l'impôt additionnel sur les biens immobiliers, le produit par habitant d'un centime additionnel sera calculé pour chaque commune. À partir de là, le produit moyen par habitant des communes de la région de langue allemande sera calculé. Si, pour une commune, le produit par habitant d'un centime additionnel est inférieur à ce produit moyen, une compensation sera calculée à partir de la différence entre ces deux valeurs, multipliée par le nombre moyen d'habitants de la commune et le taux moyen de l'impôt additionnel de la commune. Chaque année, le taux de l'impôt additionnel est pondéré par le nombre d'habitants correspondant. Enfin, les valeurs de compensation calculées sont multipliées par 50 %.

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Aux fins de la détermination des valeurs moyennes mentionnées dans le présent article, les valeurs des six derniers exercices comptables disponibles sont utilisées chaque fois. »

Art. 8 – Dans l'article 5, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° au deuxième tiret, les mots « quarante-cinq » sont remplacés par le mot « cinquante »;

2° au troisième tiret, le mot « vingt » est remplacé par le mot « quinze ».

Art. 9 – À l'article 7 du même décret, modifié par les décrets des 13 février 2012, 12 décembre 2019 et 15 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° au paragraphe 1, tiret 14, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

2° l'alinéa 1^{er} est complété par les tirets 15 à 17 rédigés comme suit :

« - pour l'année budgétaire 2023 : 3 000 000 d'euros;

- pour l'année budgétaire 2024 : 24 000 000 d'euros;

- pour les années budgétaires 2025 à 2031 : 0 euro. »;

3° dans l'alinéa 2, les mots « année budgétaire 2023 » sont remplacés par les mots « année budgétaire 2032 ».

Art. 10 – Dans l'article 11 du même décret, le § 2.2, inséré par le décret du 15 décembre 2021, est abrogé.

Art. 11 – Dans l'article 14, § 1er, du même décret, remplacé par le décret du 19 avril 2010 et modifié par le décret du 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, les mots « A partir de l'année budgétaire 2011 » sont remplacés par les mots « Pour les années budgétaires 2011 à 2023 »;

2° le paragraphe est complété par quatre alinéas rédigés comme suit :

« Pour l'année budgétaire 2024, la dotation d'aide sociale est de 34 559 776,03 euros.

Pour les années budgétaires 2025 à 2031, la dotation d'aide sociale est de 0 euro.

Pour l'année budgétaire 2032, la dotation d'aide sociale est calculée comme suit : un montant de 4 527 576,97 euros est adapté au taux d'évolution de l'année 2032 mentionné à l'article 3, § 2.

À partir de l'année budgétaire 2033, le montant fixé pour l'année budgétaire 2032 est adapté chaque année au taux d'évolution mentionné à l'article 3, § 2. »

Art. 12 – Dans le chapitre VII du même décret, modifié par le décret du 16 juillet 2012, il est inséré un article 34.2 rédigé comme suit :

« *Art. 34.2 - Disposition transitoire pour les années budgétaires 2025 à 2031*

§ 1^{er} – Par dérogation à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, les communes reçoivent pour les années budgétaires 2025 à 2031 une dotation d'entretien annuelle destinée à financer des travaux d'entretien de biens immobiliers communaux.

§ 2 – La dotation d'entretien est de 3 000 000 d'euros.

Ce montant est réparti entre les communes selon le prorata calculé en application du chapitre II.

§ 3 – Le Gouvernement vérifie l'utilisation des moyens octroyés en vertu du présent article sur la base de la reddition des comptes annuels des communes.

Le Gouvernement récupère les fonds qui ont été utilisés à d'autres fins au cours d'une année budgétaire. »

Section 2 - Logement

Art. 13 – Dans l'article 14 du Code wallon de l'habitation durable, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017 et modifié par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, le § 2 est abrogé.

Art. 14 – Dans l'article 29, § 4, du même Code, remplacé par les décrets de la Région wallonne du 15 mai 2003 et du 1^{er} juin 2017, le 4° est abrogé.

Art. 15 – L'article 59^{ter} du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018 et modifié par le décret du 12 décembre 2019, est abrogé.

Art. 16 – À l'article 62 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, la deuxième phrase est abrogée;

2° dans le § 2, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 17 – Par dérogation à l'article 210, l'article 14, § 2, du Code de l'habitation durable demeure applicable aux ménages qui, en exécution de cette disposition, bénéficient déjà d'une allocation d'intervention dans le loyer au 31 décembre 2024. Toutefois, la liquidation prend fin d'office au plus tard au 31 décembre 2026.

Par dérogation à l'article 211, l'article 29, § 4, 4°, du même Code, demeure applicable aux aides en faveur des agences immobilières sociales, accordées sous la forme d'une allocation d'intervention dans le loyer pour les locataires d'un logement pris en gestion ou en location par ces agences, pour autant que ces locataires, en exécution de cette disposition, bénéficient déjà d'une allocation d'intervention dans le loyer au 31 décembre 2024. Toutefois, la liquidation prend fin d'office au plus tard au 31 décembre 2026.

Art. 18 – Dans l'article 6 du décret du 6 mai 2024 modifiant le code de l'habitation durable et du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructures le numéro 1 est abrogé.

CHAPITRE 4 – DIVERS

Section 1^{ère} – Non-discrimination

Art. 19 – Au point 7 de l'article 4 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, les mots : « y compris le logement » sont insérés entre les mots « du public , » et les mots « ainsi que ».

Section 2 - Transposition de la directive (UE) 2022/2041

Art. 20 - La présente section vise à transposer partiellement la directive (UE) 2022/2041 du Parlement européen et du Conseil du 19 octobre 2022 relative à des salaires minimaux adéquats dans l'Union européenne.

Art. 21 - L'article 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique remplacé par ce qui suit :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 22 – A l'article 1er de l'arrêté royal fixant au 1er avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement

primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 9 décembre 2003, l'alinéa 3 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 23 - A l'article 108 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, l'alinéa 2 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 24 - A l'article 111 du même décret, l'alinéa 2 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 25 - A l'article 111.10 du même décret, inséré par le décret du 31 mars 2014, l'alinéa 2 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

Art. 26 - L'article 91, §1^{er}, du décret communal du 23 avril 2018 est modifié comme suit :

1° Entre l'alinéa 1er et l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, il est inséré l'alinéa suivant :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

2° A l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, les mots « Le Gouvernement peut » sont remplacés par les mots « Sans préjudice de l'alinéa 2, le Gouvernement peut ».

Art. 27 - A l'article 111 du même décret, l'alinéa 3 suivant est inséré :

« Le traitement n'est jamais inférieur au revenu minimum garanti prévu par l'arrêté royal du 3 juillet 2005 fixant les droits minimaux au sens de l'article 9bis, § 5, de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités. »

CHAPITRE 5 - DISPOSITIONS FINALES

Art. 28 - Le présent décret entre en vigueur le 1er janvier 2025, à l'exception de l'article 6, de l'article 9 et de l'article 11, qui entrent en vigueur le jour de son adoption.

Freddy CREMER

Stephanie PAUELS

Evelyn JADIN